

**Einwohnerratssitzung 2015/2016
Protokoll Nr. 6**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 3. März 2016**
Sitzungszeit 13:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Ort Gallusheim, Gemeindehausstrasse 9, Kriens

Protokoll	Gemeindekanzlei	
Direktwahl	041 329 63 09	3. März 2016

Anwesend	Präsident	Thomas Lammer
	Einwohnerrat	31 Mitglieder Kathrin Graber (ab 17:00 Uhr) Beat Tanner (bis 18:00 Uhr)
	Gemeinderat	5 Mitglieder
	Gemeindeschreiber	Guido Solari
	Protokoll	Rea Eggenberger
Entschuldigt		Patrick Koch Rolf Schmid Roland Schwizer René Zosso

Traktanden

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 289 |
| 2. | <u>Vereidigungen</u>
- Raoul Niederberger (JG)
- Leo Sigg (GLP) | | Seite 289 |
| 3. | <u>Protokoll Nr. 3</u> vom 5. November 2015 | | Seite 290 |
| 3a. | <u>Ersatzwahlen in die Kommissionen für den Rest der Amtsperiode 2012-2016</u>
- Baukommission
- Umwelt- und Sicherheitskommission | | Seite 290 |
| 4. | <u>Fragestunde</u>
(max. 30 Min.) | | Seite 290 |
| 5. | <u>Planungsbericht:</u> Grundkonzept Verkehr LuzernSüd und Vertiefungsgebiet II | Nr. 225/16 | Seite 294 |
| 6. | <u>Bericht und Antrag:</u> Erlass neues Reglement über das Friedhof- und Bestattungswesen der Gemeinde Kriens, 1. Lesung | Nr. 226/16 | Seite 319 |
| 7. | <u>Bericht Postulat Piras:</u> Energietag 2015: Gemeinsam durch die Energiewende | Nr. 149/14 | Seite 326 |
| 8. | <u>Bericht Postulat Piras:</u> Easyvote – Mehr Jugendliche an die Urne | Nr. 153/15 | Seite 327 |
| 9. | <u>Bericht Postulat Aakti:</u> Ticket-System für das Baudepartement | Nr. 172/15 | Seite 330 |
| 10. | <u>Beantwortung Interpellation Graf:</u> Sind falsche Angaben auf Wahlvorschlägen strafbar? | Nr. 192/15 | Seite 330 |
| 11. | <u>Postulat Piras:</u> Zentrale Anlaufstelle für die Krienser Vereine
<i>Begründung</i> | Nr. 210/15 | Seite 331 |
| 12. | <u>Postulat Burkhardt:</u> Pilatusbahnen – Echte Vergünstigungen für die Krienser Bevölkerung
<i>Begründung</i> | Nr. 215/15 | Seite 333 |
| 13. | <u>Postulat Manoharan:</u> Studentisches Wohnen auf dem Andritz-Hydro-Areal
<i>Begründung</i> | Nr. 218/15 | Seite 336 |
| 14. | <u>Verabschiedungen</u>
- Pascal Meyer (GLP)
- Fabian Takacs (JG) | | Seite 339 |

Neueingangsliste

- Nr. 225/16 Planungsbericht: Grundkonzept Verkehr LuzernSüd und Vertiefungsgebiet II
- Nr. 226/16 Bericht und Antrag: Erlass neues Reglement über das Friedhof- und Bestattungswesen der Gemeinde Kriens, 1. Lesung
- Nr. 228/16 Interpellation Kobi: Schulraumprovisorien – so geht es nicht
Eingang: 09.02.2016
- Nr. 205/15 Beantwortung Interpellation Zosso: „Fachgremium“ der Gemeinde Kriens
- Nr. 212/15 Beantwortung Interpellation Kobi: Begünstigung Mobimo – zu Lasten der Gemeinde Kriens
- Nr. 175/15 Bericht Postulat Graber: Mehr Mitwirkung bei den Gemeindeverbänden
- Nr. 176/15 Bericht Postulat Graber: Wirkungsvolle Beteiligungen ausserhalb der Gemeinde

Thomas Lammer begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Raphael Uzwylar. Für die Regionalzeitung schreibt Michael Zezzi.

Patrick Koch, Rolf Schmid, Roland Schwizer und René Zosso haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt. Kathrin Graber kommt wegen einer Weiterbildung später zur Sitzung hinzu. Beat Tanner verlässt die Sitzung ca. um 18:00 Uhr.

Die Pause ist von 15:30 Uhr bis 15:50 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

1. Mitteilungen

Die Traktandenliste wurde zugestellt. Wegen den Neueintritten müssen auch noch Wahlen in die Kommissionen durchgeführt werden. Diese werden unter dem Traktandum 3a im Anschluss an die Protokollgenehmigung vorgenommen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Es erfolgten keine weiteren Mitteilungen.

2. Vereidigungen

Thomas Lammer bittet Raoul Niederberger und Leo Sigg zu sich nach vorne. Er bittet die Anwesenden sich zu erheben. Raoul Niederberger und Leo Sigg legen das Gelübde ab. Die beiden werden mit Applaus im Einwohnerrat willkommen geheissen.

3. Protokoll Nr. 3 vom 5. November 2015

Gemäss Thomas Lammer sind keine Änderungsanträge eingegangen. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Das Protokoll wird somit genehmigt und verdankt.

3a. Ersatzwahlen in die Kommissionen für den Rest der Amtsperiode 2012 – 2016

Wahl eines Mitglieds in die Baukommission

ausgeteilte Wahlzettel:	31
eingegangene Wahlzettel:	31
leere Wahlzettel:	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	31
absolutes Mehr:	16
<u>gewählt als Mitglied:</u>	
Raoul Niederberger, JG	31

Wahl eines Mitglieds in die Umwelt- und Sicherheitskommission

ausgeteilte Wahlzettel:	31
eingegangene Wahlzettel:	31
leere Wahlzettel:	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	31
absolutes Mehr:	16
<u>gewählt als Mitglied:</u>	
Leo Sigg, GLP	31

4. Fragestunde

Davide Piras wurde von einem Anwohner der Friedhofstrasse gefragt, wie der aktuelle Stand der 30er Zone ist.

Gemäss Cyrell Wiget sind die 30er-Zonen ein grosses Thema. Zuerst wird das Gesamtverkehrskonzept erstellt. Dies hat zur Folge, dass gewisse 30er-Zonen in der Planung vorbereitet sind, aber noch nicht zur Ausführung gelangen. Das Ziel ist, dass die Tempozonen in der ganzen Gemeinde einen ähnlichen Auftritt haben. Der Wiedererkennungswert hilft auch zur Einhaltung und zur Umsetzung.

Hans Fluder hat am 16. Februar 2016 ein Foto von der Obernauerstrasse 30 erhalten, worauf viele Abfallsäcke, Karton und Tragtaschen zu sehen waren. Bis am 24. Februar 2016 lag der Abfall immer noch dort. Geht man dieser Sache nach?

Der Gemeinderat hat laut Cyrril Wiget das Foto auch erhalten, jedoch leider anonym. So konnte man nicht darauf antworten. Selbstverständlich wird dieser Sache nachgegangen. Am besten wäre es, wenn man die Hotline des REAL über solche Vorfälle informiert. Diese reagieren meistens sehr schnell. Man kann so etwas aber nie verhindern, weil es immer Personen gibt, die sich nicht an die Abfalldaten halten.

Roger Erni führt aus, dass seit 1 ½ Jahren zwischen dem Stalden und Hergiswald eine blinkende Ampel steht. Die Leute fragen sich, wie lange die noch bleibt und was dort geht.

Gemäss Matthias Senn hat diese Ampel mit dem Unwetterschaden zu tun. Im Moment bleibt diese auch dort stehen. Es dient zur Sicherheit. Am Hang sind Messgeräte installiert. Wenn die Messgeräte einen Alarm auslösen, schaltet die Ampel auf rot. Es gibt noch weitere Abklärungen, ob man dies als Dauerlösung beibehalten muss.

Laut Cla Büchi hat der Quartierverein Kuonimatt gegen das Baugesuch der Modularen Schulbauten auf der Spielwiese des Schulhauses Kuonimatt Einsprache erhoben. Er geht davon aus, dass der Quartierverein eigentlich nicht einspracheberechtigt ist. Hat es noch weitere Einsprachen gegeben und wurde das Gespräch mit dem Quartierverein gesucht?

Matthias Senn führt aus, dass beide Baugesuche Auflagen und es auch bei beiden Einsprachen gegeben hat. Ob der Quartierverein einspracheberechtigt ist, wird noch geklärt. Er weiss jedoch von einem anderen Fall, wo ein Quartierverein gegen eine Tempo-30-Zone Einsprache gemacht hat. Dieser wurde als nicht einsprachberechtigt bezeichnet.

Gemäss Judith Luthiger-Senn wurde bis jetzt noch kein Gespräch mit dem Quartierverein geführt, weil man den Entscheid des Gemeinderates abwarten wollte. Am nächsten Mittwoch werden die Entscheide fallen. Die Sprechende wird dann sofort schauen, dass man mit dem Quartierverein sprechen kann. Das Ziel wäre vorgängig auch so schnell wie möglich mit dem anderen Einsprecher in Kontakt zu treten. Es besteht die Gefahr, dass mindestens eine Kindergartenklasse keinen Platz hat, wenn sich das Bewilligungsverfahren verzögert.

Christine Kaufmann-Wolf meint, dass man in der Vergangenheit immer mit dem Zug ins Skilager gefahren ist. Der Grund war, weil man Angst hatte, dass wenn die Strassen mit Schnee bedeckt sind, es ein grosses Risiko für die Kinder ist. Wieso ist man dieses Mal mit dem Car nach Scuol gefahren?

Cyrril Wiget führt aus, dass die Sporkoordination das Skilager organisiert. Der Gemeinderat hat keinen strategischen Entscheid gegen ein umweltgerechtes Fahrzeug gefällt. Er klärt es noch ab.

Anmerkung der Protokollführerin:

Aufgrund von Bauarbeiten am Zimmereggunnel war die Zugstrecke Zug – Thalwil jeweils an den Wochenenden unterbrochen, bzw. man musste in Rotkreuz umsteigen, von dort nach Zürich Hauptbahnhof fahren und von dort Richtung Landquart/Chur. Das führte zu zusätzlichem Umsteigen und deutlich längeren Fahrzeiten. Zusammen mit der Lagerleitung hat man sich darum entschieden, dieses Jahr die Anfahrt mit einem Car zu machen.

Räto Camenisch fragt, ob es möglich ist, immer eine aktuelle Mitgliederliste des Einwohnerrates zu erhalten, da es immer wieder neue Gesichter im Einwohnerrat gibt.

Cyrill Wiget schaut, dass es gemacht wird.

Anmerkung der Protokollführerin:

Die Mitgliederliste wird seit 2012 immer aktuell ins Extranet gestellt.

Enrico Ercolani hat eine Frage zu der Baubewilligung Hochhaus Eichhof West. Die Gemeinde und der Regierungsrat haben dazu ja gesagt. Im Zeitungsbericht durfte man lesen, dass wieder Einsprache erhoben wurde. Er findet dies grobfahrlässig, denn es schadet Kriens und der Bauherrschaft. Unternimmt die Bauherrschaft etwas dagegen? Stellt sie Schadenersatz? Wie geht es nach dieser Einsprache weiter?

Matthias Senn bejaht, dass eine Beschwerde eingereicht wurde. Der Gemeinderat hat den Beschwerdetext zur Stellungnahme noch nicht erhalten. Ob die Bauherrschaft auf privatrechtlichem Weg Schadenersatz fordert, weiss der Sprechende nicht.

Gemäss Cla Büchi findet am 21. April 2016 in Ebikon ein Gebietsmanager-Apéro von Luzern-Plus statt. Bei diesem Anlass wird über die nächsten Entwicklungen und die neuen Projekte berichtet, wie das Grundkonzeptverkehr LuzernSüd, Baustart der Langsamverkehrsachse, Stand Eichhof West, Pilatusarena und andere. Gleichzeitig finden aber in Kriens, Horw und Luzern die Ratssitzungen statt. Kann man es in Zukunft nicht so koordinieren, damit der Einwohnerrat auch an solche Anlässe gehen kann?

Matthias Senn erklärt, dass der Sprechende in der Steuerungsgruppe LuzernSüd die Gemeinde Kriens vertreten darf. Die Steuerungsgruppe hat die Gebietsmanager wegen diesem Termin gerügt. Alle Vertreter der Stadt Luzern, Horw und Kriens waren darüber unglücklich. Die Gebietsmanagerkonferenz betrifft aber auch die Gebiete LuzernNord und das Rontal. Der Sprechende verweist auf die Veranstaltungen von LuzernSüd, welche im Herbst stattfanden. Zum einen war das die Gebietskonferenz für die ganze Bevölkerung und eine für die drei Parlamente. Für die Parlamente gibt es nicht viele neue Informationen an diesem Anlass.

Davide Piras möchte über den Stand des Teiggi Provisoriums im Gemeindeschuppen orientiert werden.

Gemäss Matthias Senn kann das Jugendzentrum im Sommer in den Gemeindeschuppen umziehen. Es müssen noch ganz kleine Massnahmen getroffen werden.

Alfons Graf möchte wissen, ob die Zivilschutzanlagen Roggern schon wieder vermietet werden konnten.

Judith Luthiger-Senn erklärt, dass die Zivilschutzanlage noch nicht vollständig geräumt wurde. Das Militärmuseum hat jetzt nochmals eine Frist bis am 10. März 2016. Wenn nicht geräumt

wird, muss eine weitere Frist angesetzt werden. Anschliessend wird der Gemeinderat ein Nutzungskonzept erstellen.

Beat Tanner fragt, ob sich der Gemeinderat schon Gedanken gemacht hat, wie er mit den allfälligen Sparmassnahmen vom Kanton zu Lasten der Gemeinden umgehen wird und welche Überlegungen gemacht wurden.

Laut Franco Faé ist der Gemeinderat noch nicht so weit. Der VLG hat diesbezüglich schon eine Stellungnahme abgegeben.

Christine Kaufmann-Wolf ist aufgefallen, dass im Amtsblatt bei Grundstückveräusserungen die Adressen nicht mehr drin stehen, sondern nur noch die Grundstücksnummern. Warum ist das so?

Gemäss Cyrell Wiget gab es eine Vernehmlassung zum Amtsblatt. Die Arbeitsgruppe hat damals schon gesagt, dass dies schade ist. Die Begründung war, dass alles auf dem Netz ist. So kann das Amtsblatt kürzer gestaltet werden.

Hans Fluder fragt, wann der Baubeginn vom Asylzentrum Grosshof ist.

Laut Lothar Sidler ist der exakte Termin noch nicht bekannt. Der Kanton sagte, dass es im Sommer/Herbst 2017 sein wird.

Enrico Ercolani las vor kurzem, dass in Sursee wieder einmal ein Gesamtarbeitsvertrag aufs Gröbste verletzt wurde. Es wurde für ca. Fr. 3.00 pro Stunde gearbeitet. Es war wieder eine ausländische Firma. Der Einwohnerrat hat eine Motion überwiesen, welche das Subunternehmertum in Zukunft verbieten sollte. Was macht der Gemeinderat bei Arbeiten, welche er jetzt oder in naher Zukunft vergibt, obwohl das Reglement noch nicht vom Einwohnerrat genehmigt wurde.

Gemäss Franco Faé ist der Gemeinderat an der Umsetzung der Motion. Die entsprechenden Arbeiten dauern an.

Martin Heiz ist zu Ohren gekommen, dass vor drei Wochen die Aldi Filiale im Schweighof geschlossen werden musste, weil anscheinend Jugendliche vom Motel sich nicht korrekt verhalten haben. Ist hier eine Information an den Gemeinderat gelangt?

Lothar Sidler hat keine Meldung erhalten. Beim Sicherheitsausschuss war dies auch kein Thema.

Laut Beat Tanner hat die FDP eine Initiative „Stopp der zusätzlichen Verschuldung“ eingereicht. Wann wird diese im Einwohnerrat behandelt?

Franco Faé teilt mit, dass der Termin noch offen ist. Das Finanzdepartement ist zurzeit noch daran diese zu bearbeiten.

Räto Camenisch hat im Kantonsrat vernommen, dass Kriens und auch andere Agglomerationsgemeinden die Signalisationskompetenz für die Strassen erhalten haben. Ist das wahr, warum ist das so und wer hat dies allenfalls bearbeitet?

Cyrell Wiget erklärt, dass die grossen Gemeinden die Signalisationskompetenz bereits haben. Zurzeit ist jedoch das Thema, dass diese wieder weggenommen wird. Der Gemeinderat wehrt sich dagegen. Es geht auch um kleinere Signalisationen, die die Gemeinde selber behandeln kann. Für die Stadt Luzern ist es auch besonders wichtig. Es vereinfacht vieles, wenn die Gemeindeautonomie beibehalten wird.

Beat Tanner erhielt den Jahresbericht der Jugendanimation im Hochglanzformat. Ist das wirklich nötig, dass es in dieser hochwertigen Qualität gemacht werden muss und es neu für jede Dienstabteilung gemacht wird?

Cyrell Wiget hat das Gleiche gedacht. Die Jugendanimation arbeitet in der Regel mit Zivildienstleistenden, welche auch eine Marke setzen möchten. Sie kommen zu diesem Produkt sehr günstig. Ob in diesem Fall der Druck etwas teurer war ist möglich. Er fragt nochmals nach. Sie haben aber auch kreative Lösungen, dass sie mit wenig Geld ein schönes Produkt abliefern können. Es ist auch wichtig für die Einwohnerratsmitglieder, dass man ihnen mit einer gewissen Gestaltung zeigt, was die Jugendanimation in einem Jahr für den doch bescheidenen Batzen alles leistet.

5. Planungsbericht: Grundkonzept Verkehr LuzernSüd und Vertiefungsgebiet II

Nr. 225/16

Gemäss Thomas Lammer wird Stefan Oberer als Sachverständiger noch zur Sitzung hinzustossen.

Gemäss Raphael Spörri beriet die USK am 22. Februar den Bericht zum Grundkonzept Verkehr LuzernSüd und Vertiefungsgebiet II. Um den vielen, zu vielen Unterlagen etwas gerecht zu werden, brachte Stefan Oberer alle auf den gleichen Wissensstand. Kompetent und klar versuchte er den Anwesenden die wichtigsten Punkte des Grundkonzepts LuzernSüd nochmals zu vermitteln. Dabei wurden vor allem die Themen Parkierung, Verkehrsmanagement und Mobilitätsmanagement erläutert. Alle Parteien waren für Eintreten. Folgende Punkte wurden aber moniert. Es ist schade, dass im Rat nur Bemerkungen angebracht werden können. So seien die Flügel des Parlamentes gestutzt und die Einflussnahme unmöglich. Es wurde beraten, ob eine solche Informations- und Unterlagenflut für ein Milizparlament überhaupt zu bewältigen sei und ob das Grundkonzept Verkehr nicht vom Vertiefungsgebiet II hätte getrennt werden sollen. Weiter waren wenige Kommissionsmitglieder der Ansicht, dass sich im Konzept alle gegen den MIV verschworen haben. Es tauchte auch die Frage auf, ob die Kosten wirklich auch real abgebildet sind. Genau das Gegenteil wurde von der anderen Seite bemerkt. Ist dies doch für ein neues Entwicklungsgebiet fast einmalig, dass man mit der Planung so weit vorgeschritten ist, noch bevor schon alles verbaut ist. Dies ist eine Chance einen Ver-

kehrskollaps in LuzernSüd zu verhindern. Es braucht halt nur etwas Mut. In der Folge entwickelte sich eine konstruktive Diskussion in deren noch einige Fragen auftauchten und Anlass gaben Bemerkungen einzureichen, welche nun vorliegen. Ob dieses Grundkonzept ein Experiment mit unsicherem Ausgang ist oder der super Wurf zu einer möglichen Lösung, wurde genauso diskutiert, wie das scheinbar schwach besetzte Busnetz in den Aussenquartieren. Deutlich war zu spüren, dass es für die Einen schwer zu begreifen ist, eine scheinbar unattraktive Lösung anzustreben, bei deren am Schluss alle gewinnen. Für die Anderen ist das Konzept die Lösung aller Verkehrsprobleme, wie das Ei des Kolumbus. Wird der Einwohnerrat je einen Konsens finden? Die USK fand noch keinen. Es war aber deutlich zu spüren, dass man sich in intensiven Diskussionen annähern kann, die andere Seite lernt zu verstehen und sich dann zu einem politisch auch gangbaren Weg durchringt. Die USK war in der Meinungsbildung noch gespalten, sieht aber im vorliegenden Planungsbericht eine mögliche Lösung, die noch weiter verfolgt werden muss. Zum Vertiefungsgebiet II hat die USK keine Diskussion geführt und überliess dies der Baukommission.

Die Baukommission hat gemäss Martin Heiz nur das Vertiefungsgebiet II angeschaut. Die Baukommission wurde eingangs zu diesem Geschäft durch Thomas Lustenberger und Matthias Senn mittels einer PowerPoint Präsentation in dieses Thema eingeführt. Der Sprechende dankt für die ausführlichen Unterlagen, einerseits die konzeptionellen Richtlinien und andererseits die Steckbriefe und die Planungsrichtlinien dazu. Eine Frage wurde aufgeworfen, ob es nicht zu viel Gewerbeflächen gibt, da heute schon zum Teil die Flächen nicht vermietet werden können. In diesem Gebiet ist aber eine Mischnutzung von 20 % Gewerbe und 80 % Wohnen möglich. Ebenfalls wurde gefragt, wo sich lärmintensives Gewerbe ansiedeln kann. Dazu ist das Gebiet Dattenmatt vorgesehen und auch entlang der Ringstrasse ist es möglich. Ebenfalls hinterfragt wurden die Hochhäuser entlang der Langsägestrasse an der Hangkante und nach welchem Parkplatzreglement der Bebauungsplan Nidfeld abgehandelt wird. Die BK nimmt ihren Teil zur Kenntnis.

Viktor Bienz, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, führt aus, das Grundkonzept Verkehr für LuzernSüd beabsichtigt eine koordinierte Entwicklung von Siedlung und Verkehr. Der durch die grossen baulichen Entwicklungen erwartete Mehrverkehr soll gemäss dem Konzept in erster Linie durch den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr bewältigt werden. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion begrüsst die im Konzept formulierten Grundsätze und fordert eine verbindliche Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen. Eine angebotsorientierte Verkehrsplanung ist in ihren Augen in diesem Raum unverzichtbar und das nicht nur dort. Die koordinierte Entwicklung von Siedlung und Verkehr ist in der Raum- und Verkehrsplanung seit Jahrzehnten ein wichtiges Anliegen. Mit der Agglomerationspolitik des Bundes besteht bereits ein guter Anreiz dafür. Es ist in der Agglomeration Luzern eine Premiere, auf lokalem Niveau einen gemeindeübergreifenden Raum derart sorgfältig zu planen, wie dies hier der Fall ist. Über die Gemeindegrenzen hinaus haben sich die CVP-Fraktionen aller drei betroffenen Gemeinden getroffen und sind sich in dieser Beurteilung einig. Sie haben sogar ein gemeinsames Statement dazu verfasst. Das entwickelte Grundkonzept Verkehr basiert auf der vorhandenen Strasseninfrastruktur und fördert insbesondere den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr. Dabei geht es nicht darum, den MIV in die Knie zu zwingen, wie es in Leserbriefen zu lesen ist oder gar um Bevormundung. Genau das Gegenteil ist der Fall. Damit der Verkehr auch in Zukunft flüssig bleibt, ist es wichtig Einfluss zu nehmen, damit die Anwohner die Art ihrer Mobilität besser abwägen. Viele Fahrten, die oft gedankenlos mit dem Auto unternommen werden, könnten genauso gut und oft sogar noch effizienter mit dem Langsamverkehr oder ÖV bewältigt werden. Dies trifft insbesondere für den Weg ins Krienser Dorfzentrum, in die Stadt und zum Hauptbahnhof zu. Das bewirkt, dass für die wirklich notwendigen und sinnvollen MIV-Fahrten die Strassen frei bleiben, nicht zuletzt gerade auch im Sinne der Wirtschaftsfreundlichkeit. Der Verkehrs-Kuchen ist begrenzt, egal wie viele Strassen noch gebaut werden und

trotzdem soll jeder ein Stück davon bekommen. Also müssen sich auch alle etwas überdachter bewegen. Das Grundkonzept Verkehr entfaltet selbst aber noch keine verbindliche Wirkung, weder für die Behörden noch für die Grundeigentümer. Wenn die Entwicklung in LuzernSüd nun einsetzt, und das hat sie bereits, wie kann dann vermieden werden, dass z.B. die ersten Projekte nicht ohne Auflagen realisiert werden und damit bei den Parkplätzen bereits einen Grossteil des Gesamtvolumens beanspruchen, so dass spätere Projekte benachteiligt werden? Es braucht in LuzernSüd deshalb zwingend und möglichst bald eine behörden- und grundeigentümergebundene Planung des Verkehrs und zwar in allen drei Standortgemeinden. Umgesetzt werden kann dies beispielsweise über einen entsprechenden Richtplan, im Rahmen von Bebauungs- oder Gestaltungsplänen, oder beim Landverkauf bzw. der Abgabe im Baurecht. Nur wenn die interessierten Investoren frühzeitig zuverlässige Rahmenbedingungen vorfinden, kann die erhoffte Entwicklung von Arbeitsplätzen und Wohnraum auch tatsächlich stattfinden. So ist z.B. zwingend darauf zu achten, dass der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs rasch und parallel zum Bau der ersten neuen Siedlungen realisiert wird und beim Bezug der Immobilien vollumfänglich verfügbar ist. Die Erfahrung zeigt, dass die intelligente Wahl des jeweils geeignetsten Verkehrsmittels besonders dann langfristig gelebt wird, wenn diese Verkehrsmittel den Betroffenen von Anfang an zur Verfügung stehen. Sehr wichtig erscheint der CVP/JCVP/GLP-Fraktion deshalb auch eine Mobilitätsberatung für Neuzuzüger. Der Mensch ist bekannter Weise ein Gewohnheitstier. Weiter ist bei einer Projektierung des Bypasses, der die Verkehrssituation im Planungsgebiet LuzernSüd massgeblich beeinflussen wird, darauf zu achten, dass bei den Autobahnanschlüssen Luzern-Kriens und Horw zwingend flankierende Massnahmen zu treffen sind. So soll beispielsweise überlegt werden, wie Ausweichverkehr durchs Quartier bei Stau auf der A2 verhindert werden kann. Beim ebenfalls vorliegenden Vertiefungsgebiet II geht es um die Eingangssituation von Kriens, die eine neue städtische Identität für die Gemeinde schaffen soll. Ein grosser Teil dieses Konzeptes ist bereits bestens bekannt. Interessant ist aber, dass nun offenbar ein weiteres Hochhaus von 45 m Höhe auf dem Gebiet der heute dort ansässigen Firma Herzog Elmiger angedacht ist. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion fragt sich, ob aus städtebaulicher Sicht mehrere Hochhäuser am Dorfeingang das Richtige ist. Generell kommt es aber zu einer Aufwertung dieses Gebietes. Auch der Veloroute wird nun die notwendige Beachtung geschenkt. Die Idee der Esplanaden ist sehr ansprechend und erhöht die Aufenthaltsqualität entscheidend. Unter diesen Voraussetzungen erachtet die CVP/JCVP/GLP-Fraktion das vorliegende Konzept als zielführend und ist für Eintreten auf den B+A.

Martin Heiz von der SVP-Fraktion meint, dass man von so viel Papier, richtig erschlagen wird. Er denkt es geht nach dem Motto: „Wenn man etwas durchbringen will, muss man nur viel Papier vorlegen.“ Vielleicht wird dem Einwohnerrat so etwas untergeschoben was er gar nicht will oder man noch nicht gefunden hat. Man hätte diese beiden Teile in je einem separaten B+A vorlegen sollen. Der Gemeinderat will dem Einwohnerrat das Verkehrskonzept unterjubeln. Leider kann der Einwohnerrat auf den B+A nicht nicht eintreten oder zurückweisen. Am liebsten möchte die SVP-Fraktion nicht eintreten. Die Mitwirkung des Parlaments ist auch im Rahmen einer Vernehmlassung möglich, aber das will der Gemeinderat anscheinend nicht. Kriens ist der grösste Betroffene in diesem Gebiet. Berichte kommen immer mehr in Mode. Der Einwohnerrat hat aber eigentlich gar keine Möglichkeit etwas zu ändern. Doch wenn es dann allenfalls um Reglemente oder um einen Kredit geht, wird der Einwohnerrat sich dann allenfalls schon noch wehren. Die SVP-Fraktion hat deshalb zum Beschlusstext noch einen Antrag auf separate Kenntnisnahme vom Verkehrskonzept und Vertiefungsgebiet II gestellt. Beim Grundkonzept Verkehr sieht man klar die Handschrift, wer dahinter steckt. Es grünt so grün auf der Heide. Sie nennt es ein BoWi Werk. Das heisst Borgula/Wiget. Man versucht mit allen Mitteln den MIV zu unterdrücken. Doch ohne ihn geht es nicht. Dieses Konzept ist ein Diktat. Ganz nach dem Motto: „Wir sagen wie es geht und ihr müsst kuschen.“ Für die SVP-Fraktion ist dies eine Förderung einer Zweiklassen Gesellschaft. Diejenigen mit Auto und diejenigen mit Velo oder ÖV. Der MIV wird verteufelt. Das ist falsch, denn so werden in diesem

Gebiet Personen ausgeschlossen. Das ist für die SVP-Fraktion Diskriminierung von Personen. Dies gleicht einer Hetze gegenüber den Autofahrern. Hat man aber auch einmal an Elektroautos gedacht? Zwang ist der falsche Weg. Die SVP-Fraktion lässt sich nicht vorschreiben, wie sie sich bewegen will. Wie viele Arbeitsplätze gehen verloren, wenn man keine Autos mehr hat? Dieses Papier ist auch gewerbefeindlich. Das Gewerbe ist nun einmal auf den MIV angewiesen. Oder dürfen nur Velofahrer und Benützer vom ÖV hier in Kriens arbeiten? Auch wird der ÖV immer teurer, wie in der NLZ von heute berichtet wurde. Irgendwann wird der ÖV unbezahlbar. Das Fahrtenmodell wurde klar vom Stimmvolk abgelehnt. Da wird ein Volksentscheid mit Füßen getrampelt. Seit 10 Jahren, das heisst seit der Eröffnung des neuen Pilatusmarktes, spricht man von einem Verkehrskollaps. Eingetroffen ist er aber nicht. Kriens hat im Zentrum ein Verkehrsproblem. Der Sprechende erinnert auch an die Abstimmung in Kanton Neuenburg vom letzten Sonntag. Dort soll es eine neue Bahnverbindung Neuenburg-La Chaux-de-Fonds, aber auch einen Ausbau des MIV mit einer Umfahrung von Le Locle geben. Zum anderen rollen da einige Kosten auf Kriens zu. Der grösste Teil hat ja die Gemeinde zu tragen. Die SVP-Fraktion wird dort mit allen möglichen Mitteln Einfluss nehmen. Auch muss man die ausländische Bevölkerung und Zuwanderung im Auge behalten. Diese Personen wollen sich frei bewegen können und der Traum ist für jeden ein eigenes Auto zu haben. Die SVP-Fraktion akzeptiert keine Bemerkungen, die darauf hinzielen, Investoren noch mehr einzuschränken. Kriens ist darauf angewiesen, dass sich dieses Gebiet möglichst schnell entwickeln kann. Eine Überreglementierung ist zu vermeiden. Die SVP-Fraktion nimmt den Verkehrsteil A ablehnend zur Kenntnis. Der Sprechende kommt nun zum Vertiefungsgebiet II. Die SVP-Fraktion akzeptiert auch hier keine Bemerkungen, die darauf hinzielen, Investoren noch mehr einzuschränken. Überreglementierung soll es nicht geben. Da sind überall auch zum Teil langjährige Planungen vorhanden, wie z.B. bei der Herzog Elmiger AG. Man soll den Bauherren eine gewisse Freiheit lassen. Vor allem sollen sie auch vorwärts machen können und zwar unabhängig von anderen. Mit diesen Richtlinien und Vorgaben ist eine rasche Entwicklung dieses Gebietes möglich, sofern nicht wieder den Bauwilligen Knebel zwischen die Beine gelegt werden. Mit dem Teil B Vertiefungsgebiet II ist die SVP-Fraktion einverstanden und nimmt dies zur Kenntnis.

Gemäss Enrico Ercolani löste die Unterlagenmenge zu diesem Geschäft bei mehreren Mitgliedern der FDP-Fraktion einen kleinen Schock aus. Wie soll jemand, der bei der Entstehung dieser Papiermenge nicht dabei war, den Inhalt in der Gesamtübersicht nur halbwegs aufnehmen können? Es gibt in der FDP-Fraktion noch einige, die einer geregelten Arbeit nachgehen müssen. Die FDP-Fraktion nimmt das Grundkonzept LuzernSüd sowie das Entwicklungskonzept LuzernSüd zur Kenntnis und hat dazu folgende Bemerkungen:

1. Es handelt sich aus Sicht der FDP-Fraktion um ein Experiment mit unsicherem Ausgang.
2. Die FDP-Fraktion bekommt den Eindruck nicht los, dass einmal mehr wieder alles gegen den MIV geht.
3. Aufgrund der aufgeführten Fakten sollte zur Entlastung der Einfahrt Vorderschlund die Motelstrasse durchgehend mit Gegenverkehr geführt werden. Man soll sich auch in Zukunft nicht verschliessen einen partiellen Ausbau der Strasse im Voraus auszuschliessen. Aufgrund des Monitorings sind auch Anpassungen der Strassen zu prüfen.
4. Bezüglich Parkplätze will die FDP, dass die VSS Norm nicht unterschritten wird. Es gibt viele Einwohner, welche ein Auto besitzen möchten, aber dies selten oder nur am Wochenende benutzen und somit den Verkehr nicht oder sehr wenig belasten.
5. Die FDP will Kosten sparen und will daher, dass das Monitoring welches jährlich Fr. 70'000.00 kostet nur alle drei Jahre durchgeführt wird. Dazu hat die FDP-Fraktion einen Antrag gemacht.
6. Im Zusammenhang mit diesem Grundkonzept muss der Kanton zwingend sein Verkehrskonzept Kriens Eichhof in Zusammenhang mit dem Bypass erarbeiten und offenlegen.

7. Öffentlicher Verkehr: Da immer wieder festgestellt werden kann, dass leere Busse in Kriens fahren, verlangt die FDP, dass das Monitoring auch für Busse eingeführt wird. Das Angebot soll vermehrt nachfrageorientiert sein.
8. Die FDP-Fraktion weist darauf hin, dass nicht sämtliche Kosten im Finanzplan der Gemeinde Kriens abgebildet sind. Sie erwartet in Zukunft, dass Vorlagen, welche dem Parlament unterbreitet werden, entsprechend im Finanzplan abgebildet werden.

Raphael Spörri, SP/JUSO-Fraktion denkt, dass der MIV noch oft zu reden gibt. Das ist eine Art Glaubenskrieg. Schon beim Planungsbericht 206/15 Gesamtverkehrskonzept Kriens sagte der Sprechende folgendes: *„Man kann es drehen und wenden wie man will, Kriens und deren Strassen sind gebaut. Nicht dass wir es von der SP Fraktion generell ablehnen Strassen zu bauen, nein ganz einfach aus der Tatsache, dass wir in Kriens schlicht keinen Platz für mehr Strassen haben.“* Diese Erkenntnis lässt sich auch auf LuzernSüd übertragen. Der Sprechende wohnt in der Kuonimatt und hat bereits zum Teil heute schon einen Engpass, wenn er mit dem Auto weg fahren möchte. Wie wird es, wenn immer mehr Leute in diesem Gebiet wohnen? Wenn aber nun weiter immer noch mehr Strassen ausgebaut werden, mit der Begründung von wachsenden Fahrzeugzahlen, wird man nie aus dem Bauen herauskommen. Ausser jeder akzeptiert Verkehrssituationen wie in Amerika oder Japan, mit 3-stöckigen oder 6-spurigen Autobahnen und sind dennoch stetig verstopft. Dies kann höchstens die Bauindustrie erfreuen, aber nie die Wohnbevölkerung. Auch in LuzernSüd wohnen Menschen und es werden immer mehr Menschen zu wohnen kommen. Es ist wohl inzwischen jedem Autofahrer klar, dass mehr Strassen automatisch mehr Verkehr generiert. Leider wird man nach dem Ja zur zweiten Gotthardröhre dies im Umfeld schmerzlich zu spüren bekommen. Ganz zu schweigen vom Bypass. Aber leider zeigt sich erneut, dass eben auch in Verkehrsthemen ein Teil der Bevölkerung ein egoistisches Denken an den Tag zu legen scheint. So interpretiert der Sprechende das stricke verweigern neuer Ideen und Umlagerungsgedanken der Mobilität. Oder wie ist es anders zu erklären, wenn vorgerechnete und erprobte Verkehrslösungen nicht akzeptiert werden und scheinbar nur ein Slogan aus vergessener Zeit noch immer fest in den Köpfen sitzt. Wer kannte nicht die Worte aus rechtspolitischen Kreisen die da hiessen „Freie Fahrt für freie Bürger“. Das ist ein Hohn gegenüber dem was heute diskutiert wird. Meinungsäusserungen wie: *„Ich habe das recht möglichst schnell zur Arbeit zu kommen. Strassenlärm und Schmutz interessiert mich nicht, ich wohne ja nicht dort wo ich hin will.“* Ist das Problem von Stau und überlasteten Strassen also nicht ein zu grosses Verkehrsaufkommen? Ist es nicht viel mehr Egoismus und Verweigerung von Lösungen, welche einen Verzicht und Einschränkung jedes Einzelnen verlangen? Eben auch in der Verkehrspolitik kommt man mit Egoismus und Eigennutz nicht weiter. Es braucht eine Verkehrspolitik, welche allen Nutzern zugutekommt. Eine Lösung welche vom Einen scheinbaren Verzicht verlangt, so dass der Andere profitieren kann. Profiteure werden schlussendlich beide sein, denn beide Bedürfnisse werden erfüllt. Der Sprechende gibt es zu, dass dies ein soziales Gedankengut ist. Aber eben eines, welches ein gemeinsames Zusammenleben braucht, um überhaupt die Probleme, nicht nur im Verkehr, zu lösen. Der vorliegende Planungsbericht ist ein gangbarer Weg Probleme, welche sich bereits heute abzeichnen, zu lösen. Ob es Korrekturen dieser Planung braucht, wird sich wohl erst in ferner Zukunft zeigen. Wie aber die Zukunft ohne Steuerung und aktivem Eingreifen aussieht, kann man in anderen Ländern sehen. Warum nimmt man nicht Abstand von festgefahrenen Gedanken und versucht einen neuen Weg einzuschlagen? Es braucht etwas Mut über den „eigenen politischen“ Schatten zu springen. Wo bleibt der liberale Gedanke die Gesellschaft weiterzubringen, etwas Neues zu wagen? Man soll diesen Sprung wagen und den Planungsbericht erfreut, wohlwollend, kritisch oder sehr kritisch zur Kenntnis nehmen. Aber man soll den Mut haben etwas zu verändern. Beim Vertiefungsgebiet II trifft das Gesagte ebenfalls zu. Aber da ist man sich eher einig. Die SP/JUSO-Fraktion nimmt den Planungsbericht wohlwollend zur Kenntnis.

Die Grüne/JG-Fraktion begrüsst laut Erich Tschümperlin den Planungsbericht, ist für Eintreten und wird ihn zustimmend zur Kenntnis nehmen. Der Planungsbericht geht in die richtige Richtung. Es ist das erste Mal, dass nicht nur der MIV und allenfalls ein paar Velostreifen geplant werden, sondern wirklich alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigt werden. Und es findet zum ersten Mal eine Abstimmung zwischen Siedlung und Verkehr statt. Nur so lassen sich attraktive Siedlungen planen, die nicht das Zufallsprodukt einer langsamen Überbauung von LuzernSüd sind. All dies findet sich im Kapitel 4.1 und freut die Grüne/JG-Fraktion sehr. Dass die bisherigen planerischen Ansätze versagt haben, ist offensichtlich und zeigt sich gleich mehrfach. Kriens bietet nur beschränkt attraktive Wohnungen mit entsprechender Infrastruktur. Das Ortsbild von Kriens ist keine Augenweide. Ablesen kann man das unter anderem auch am Steuersubstrat. Schaut man sich z.B. die Tribtschenstadt an, dann kann man sehen mit wem Kriens konkurriert. Von einem solchen Steuersubstrat in nur einer Siedlung, kann Kriens nur träumen. Dort geht es nicht um Parkplätze und Strassen, sondern um Kinderhorte, Cafés, Bushaltestellen und autofreie, kinderfreundliche Plätze. Dass der Gemeinderat auf ein „iterativ, lernendes Projekt“ setzt zeigt, dass er selbst lernfähig ist. In Kriens so weiter zu machen wie bisher, wäre ein weiterer Sargnagel für Kriens. Kriens muss vorwärts schauen und sich wie überall im Leben auf die neuen Gegebenheiten einstellen. Tatsachen zu ignorieren und alten Rezepten nachzuhängen heisst kapitulieren. Wenn z.B. gefordert wird, dass zusätzliche Strassen gebaut werden müssen um den unvermeidlichen zusätzlichen MIV zu bewältigen, dann ist das Träumerei, ja man verweigert sich der Realität. Wo sollen die Strassen gebaut werden? Wer stellt Land zur Verfügung? Will man enteignen? Aber vor allem, wer soll das bezahlen? Gerade diejenigen welche weitere Ausgaben ablehnen und den Schuldenberg beklagen, wollen neue Strassen bauen. Die Gemeinde Kriens hat im Finanzplan keine Gelder dafür reserviert und kann es sich auch nicht leisten. Auch der Kanton Luzern hat seines Wissens keine Gelder im Finanzplan, um in diesem Gebiet neue Strassen zu bauen. Da kommt also nichts. Und neue Strassen lösen keine Probleme, sondern schaffen nur neue. In der Auslastung der Kreisel sieht man, dass diese keinen zusätzlichen Verkehr mehr aufnehmen können. Hier hat man bereits heute mehr Fahrzeuge als am Gotthard und der hat ja bekanntlich ein Verkehrsproblem erster Güte. Macht man es doch so, wie es im Einwohnerrat immer wieder von der Gemeinde gefordert wird: dies muss ohne zusätzliche Ressourcen bewältigt werden, man muss effizienter werden. Das heisst, die bestehenden Möglichkeiten besser nutzen. Vor allem diejenigen Verkehrsmittel fördern, bei denen noch Kapazität vorhanden ist, wie z.B. bei den Fuss- und Velowegen und das Angebot der S-Bahn ausbauen. Und zu behaupten der MIV werde nun praktisch verboten oder verhindert, ist jammern auf hohem Niveau. Es entstehen gerade rund 600 neue Parkplätze im Nidfeld, ca. 700 im Mattenhof und wohl an die 1'000 im Schweighof. Und das ist ja nicht das Ende. Ein paar wenige Punkte die der Grüne/JG-Fraktion am Herzen liegen, möchte der Sprechende bereits jetzt vorwegnehmen. Im Kapitel 4.2 ÖV wird der 7,5 Minuten Takt im Jahr 2030 angekündigt. Das findet die Grüne/JG-Fraktion etwas gar langfristig. Hier muss die Gemeinde auf eine frühere Einführung hinwirken. Im Kapitel 4.3 Veloverkehr wird der Veloweg auf dem ehemaligen Zentralbahntrasse erwähnt. Früher war dieser als Verbindung von Bahnhof Mattenhof – Bahnhof Luzern vorgesehen. Aber auch hier wurden nun leider bereits Abstriche gemacht und die Attraktivität geschmälert. Im Kapitel 4.9 wird das Monitoring und Controlling erläutert. Für ein „iterativ, lernendes Projekt“ ist ein Monitoring zwingend. Ohne Fakten kann nicht justiert werden und man kann nicht lernen. Das Monitoring ist ein wichtiger Pfeiler dieser Strategie und zeigt endlich bei allen Verkehrsträgern auf was sie leisten. Was der Grüne/JG-Fraktion jetzt noch in diesem Planungsbericht fehlt, ist die Verbindlichkeit, damit er auch umgesetzt wird. Sie begrüsst das Konzept, aber wenn es nun nicht verbindlich angewandt wird, ist es das Geld nicht wert, das es gekostet hat. Im Kapitel 4.10 wird dazu nichts Konkretes gesagt und im Kapitel 8.6 wird die Verbindlichkeit sogar verneint. Hier spricht der Gemeinderat von „Hinweisen“ für die Grundbesitzer und „anweisende“ Wirkung für die Behörden. Was das genau sein soll, ist dem Sprechenden nicht klar. Erich Tschümperlin befürchtet gar, dass dies heisst, dass man den Planungsbericht nicht ernst nehmen muss. Dieser Planungsbericht soll bindend sein für die Behörden, gar behördenverbindlich. Alles andere ist sinnlos und die Grüne/JG-Fraktion fragt sich, was der Gemeinderat

denn eigentlich will. Ein erster Gradmesser, ob die Gemeinde ihren eigenen Planungsbericht ernst nimmt, ist das kommende Parkplatzreglement. Sollte sich dieses nicht am Planungsbericht orientieren und seine Ziele konsequent umsetzen, ist der Planungsbericht wertlos und die heutige Sitzung ein reines Scheingefecht. Die Grüne/JG-Fraktion nimmt den Planungsbericht zustimmend zur Kenntnis und erhofft sich von ihm eine Attraktivitätssteigerung in Kriens.

Gemäss Alfons Graf kann die SVP-Fraktion mit dem Grundverkehrskonzept LuzernSüd nicht viel anfangen. Der Titel ist schon falsch. Wenn schon sollte es heissen Luzern-Kriens Süd. Schliesslich steht viel auf Krienser Boden und nach wie vor ist Kriens eine selbständige Gemeinde. Die Kosten, welche Kriens selber in dieses Konzept berappen muss, laufen gegen 13 Mio. Franken. Die Planung trägt klar den Stempel Grüner Virus. Das Konzept ist äusserst gewerbefeindlich aufgebaut und von Schikanen behaftet, um den Individualverkehr zu verbannen. Das mit dieser Vorlage der Gemeindepräsident seine Freude kundtut ist logisch, da er mit seinem Velogeschäft neue Einnahmequellen sieht. Laut dem Planungsbericht sollten Barrieren aufgestellt werden, um den motorisierten Verkehr aufzuhalten oder anders gesagt abzuhalten. Der Autofahrer wird gezwungen im Parkhaus zu warten. Das ist absoluter Schwachsinn sondergleichen. So werden die KMU Betriebe überhaupt kein Interesse haben sich in diesem Gebiet niederzulassen. Wenn man sich vorstellt, dass sich die Einwohnerzahl verdoppeln wird und in den nächsten 30 Jahren keine zusätzlichen Strassen mehr gebaut werden sollen, kann der Sprechende dies überhaupt nicht nachvollziehen. Nur noch ÖV und Velos? Träumt weiter. Nur vergesst nicht mit der Zuwanderung wird der Verkehr noch extrem zunehmen und von diesen Personen wird kaum jemand mit dem „Leiterwägeli“ dorthin zügeln und seine Einkäufe mit dem Caddy tätigen. Der Gemeinderat behauptet es wachse eine neue Generation von Mobilitätsnutzern heran. Es ist ein Wunschenken von Mitte links und grüner Seite. Alfons Graf stellt das Gegenteil fest. Gemäss Bericht in der Luzerner Zeitung vom 26. Februar verkehren jährlich immer mehr Autos auf den Strassen. Mit dem motorisierten Verkehr geht es nur miteinander und nicht gegeneinander. Der Bürger soll selber entscheiden können, mit was er sich bewegt. Und das wird auch in Zukunft so sein. Die Planung, so wie sie hier aufliegt wird von der SVP-Fraktion vehement bekämpft.

Enrico Ercolani möchte etwas zu dem gesamten Gebiet aufzeigen. Es sind unheimlich viele Gewerberäume geplant. Der Sprechende hat dies bereits in der USK erwähnt. Ein klassisches Beispiel ist der Sportweg. Dort wurde geplant, dass Gewerberäume im unteren Bereich gebaut werden. Der Sprechende war vor drei Tagen bei der Marbet Immobilien, welche die Vermietung der Gewerberäume macht. Es gibt absolut keine Anfragen und keinen Bedarf. Das stimmt den Sprechenden höchst bedenklich. Es wird immer gesagt, dass das Gewerbe nichts findet. Jetzt kann dies zwei Gründe haben. Der erste Grund ist, dass die neuen Flächen einfach zu teuer sind. Wenn man heute baut, hat das seinen Preis. Dies kann z.B. nicht mit der Teiggi verglichen werden. Jetzt gibt es tausende Quadratmeter an Gewerbeflächen im Schweighof und Mattenhof. Für diejenigen die selber bauen, wie z.B. die Prodega ist es kein Problem. Aber dort wo für allfällige Mieter gebaut wird, kann das ein gewaltiges Problem werden. Was macht man hier? Ist man nicht auf dem falschen Weg, wenn man nun Bedingungen macht, dass in diesem Gebiet so und so viel Gewerbeflächen gebaut werden müssen und dann leer stehen. Diese Steuerzahler wurden vielleicht schon in den Budgets vorgeplant. Wenn diese nicht kommen, erhält die Gemeinde auch kein Geld. Er möchte, dass darüber nachgedacht wird, ob man nicht auf einem falschen Dampfer ist.

Räto Camenisch hat die Zürcher Zeitung vom 17. Februar 2016 mit dem Artikel: „Doppelt so viele Einwohner ohne neue Strassen“ vor sich. Schon alleine das ist die Quadratur des Kreises. Es sollen 155 Hotelzimmer und 600 Wohnungen gebaut werden. Nur die 4 ½-Zimmerwohnungen haben einen Parkplatz zugesichert. Die kleineren Wohnungen müssen sich den

Parkraum teilen. Statt 710 möglicher Pflichtparkplätze werden nur 430 erstellt. Er hofft, dass ein Investor gefunden wird, welcher dumm genug ist so viel Geld auszugeben und nachher darauf sitzen bleibt. Da fragt er sich, welche Leute in diese Wohnungen kommen? Sind es diese die in Kriens die Steuern bezahlen? Wahrscheinlich nicht. Es ist nahezu pervers wenn gesagt wird, dass man die Velo und Fussgänger zählen möchte. Vom MIV spricht kein Mensch. Das ist doch der Hauptverkehrsträger. Man will mit aller Gewalt die Füsse, das Velo und den Bus zum Hauptverkehrsträger machen. Das wird aber nicht gelingen, denn die Welt läuft anders. Jeder junge Mensch, der seinen ersten Franken verdient, träumt von einem Auto und kauft sich dann auch eines. Das wird man mit blauäugigen Planungen nicht hinkriegen. Vor ungefähr 10 Jahren fand die Abstimmung über das Fahrtenmodell statt. Beim Fahrtenmodell wollte man den Verkehr beschränken. Im Sinn nach ist es etwa das Gleiche. Die Krienser Bevölkerung sagte damals nein. Wenn man heute knallhart etwas anders projiziert, ist das eine Amtsführung, welche sehr zweifelhaft ist und die nötige Solidarität gegenüber dem Bürger nicht hat. Er stellt fest, dass Kriens eine eigenständige Gemeinde bleiben will und jetzt drückt sich Kriens und neigt den Kopf vor der städtischen Politik.

Gemäss Cla Büchi erachtet die SP/JUSO-Fraktion den Umstand, dass die städtebaulichen Planungsrichtlinien des Vertiefungsgebietes II mit dem Grundkonzept Verkehr im selben B+A abgehandelt wird, als unglücklich an. Währendem das Grundkonzept Verkehr sehr umfassend und ausgereift daherkommt, werfen die städtebaulichen Richtlinien zum Stadtraum Luzernerstrasse einige Fragen auf. Sie machen eher den Eindruck einer möglichen Diskussionsgrundlage und weniger dem eines fertig gedachten Konzepts.

Christine Kaufmann-Wolf führt aus, dass LuzernSüd einer der grössten Entwicklungsschwerpunkte im Kanton Luzern ist. In diesem Gebiet wird die Post abgehen, auch im Verkehr. Nicolas Hayek hat mal gesagt: „*Es wird zukünftig nicht weniger Verkehr geben, denn die Menschen wollen mobil sein. Doch der Verkehr muss clever verflüssigt werden.*“ Verkehr ist ein sehr bewegendes Thema hier in Kriens. In diesem Entwicklungsschwerpunkt sieht die Sprechende die Chance, dies vernünftig anzugehen. Sie ist mit dem Auto, dem Roller, dem Velo und zu Fuss unterwegs. Sie möchte selber wählen, wann sie wie unterwegs ist. Mit den vorgelegten Massnahmen erhält man eine Chance, dass der Verkehr weiterhin rollen kann. Die Wohnungen in diesem Gebiet sprechen vor allem Personen an, die eher die S-Bahn benutzen. Diese wissen, dass es weniger Parkplätze und mehr Verkehr hat. Dies ist eine enorme Chance solche Leute in diesem Gebiet anzuziehen, welche das Urbane haben und nutzen möchten. Vorhin wurde erwähnt, dass die Zuwanderung ebenfalls mehr Verkehr generiert und es deshalb mehr Strassenkapazität benötigt. Ihr scheint, man will hier Strassen für die Zuwanderung bauen. Kriens soll die Chance für einen besseren Verkehrsfluss aller Verkehrsteilnehmer packen.

Yasikaran Manoharan hat aufmerksam dem Votum von Martin Heiz über die Benachteiligung des MIV oder 2. Klassengesellschaft zugehört. Nach diesem Abstimmungssonntag ist der Begriff 2. Klassengesellschaft auch bei der SVP angekommen. Es scheint aber, dass die SVP-Fraktion das Problem des Verkehrs einfach nicht erkennt. Es liegt in umfangreiches Grundkonzept Verkehr vor. Dieses wurde über Jahre hinweg von Fachexperten entwickelt und nicht von Cyrill Wiget oder Adrian Borgula. Das vorliegende Grundkonzept Verkehr enthält Regeln und Grundsätze, welche konsequent eingehalten werden müssen, damit überhaupt eine nachhaltige Siedlungsentwicklung entstehen kann ohne dass man in 20 Jahren ein Verkehrsproblem oder Verkehrschaos hat. LuzernSüd ist ein Experiment, welches in anderen Städten und Gemeinden auch schon ausprobiert wurde. Es gibt genügend Referenzen, die zeigen, dass es funktioniert. Im 21. Jahrhundert muss man einfach akzeptieren, dass es auch möglich sein soll, dass autoarme Gebiete geplant und entstehen können. Solche Gebiete die

sich mit öffentlichen Aufenthaltsplätzen auszeichnen. Nicht nur im Parkplatzreglement soll ein Paradigmenwechsel stattfinden, sondern auch in städtebaulichen Themen. Rätö Camenisch hat sich gefragt, wer dort wohnen möchte, wenn es zu wenig Parkplätze hat. Der Sprechende fragt sich wer will schon dort wohnen, wenn er weiss, dass er jeden Morgen eine halbe Stunde anstehen muss, bevor er überhaupt aus der Tiefgarage fahren kann. Das Grundkonzept soll ernst genommen werden. Wenn man es nicht ernst nimmt, funktioniert die ganze Übung nicht. Die nächste Generation darf dann dieses grausame Problem ausbaden. Im Zentrum besteht auch schon ein Problem. Dann kommen wieder so absurde Vorschläge wie ein Umfahrungstunnel. Das Problem wird nicht gelöst, indem man immer mehr Strassen baut.

Erich Tschümperlin kommt auf die Aussage von Rätö Camenisch zurück, dass er Angst hat, dass man in diesem Gebiet wegen dem Verkehr keine Investoren findet. Er hat das Beispiel aus der Zürcher Zeitung gebracht. Der Sprechende hat über ein anderes Beispiel gelesen: Die Kalkbreite. Dort darf man kein Auto haben und es gibt Wartelisten von Personen, die gerne dort wohnen möchten. Ein bisschen näher ist die Tribsenstadt. Der Sprechende kennt dort Bewohner und weiss was diese Wohnungen kosten. Es sind sehr teure Wohnungen und es sind gutverdienende Leute. Die Personen die er kennt haben kein Auto, weil sie lieber mit dem Bus in die Stadt fahren. Die Jungen kaufen nicht sofort ein Auto. Es ist ein rückläufiger Trend. Erich Tschümperlin hat letzstens den Jahresbericht der Mobility gelesen. Mobility wächst enorm und das Carsharing nimmt zu. Das alles sind Indizien dafür, dass nicht jedem eine Garantie für ein Auto und eine freie Fahrt auf den Strassen gegeben werden muss. Das kann man aber auch gar nicht, da es nicht genügend Platz hat. Er hat auch den Eindruck, dass man in diesem Gebiet noch mehr Verkehr möchte. Das Ziel dieses Planungsberichtes ist, dass der Handwerker ohne viel Verkehr an sein Ziel kommt. Wenn in diesem Gebiet jeder Bewohner 1-2 Autos hat und für jeden Ort das Auto nimmt, werden die Strassen noch mehr verstopft sein. Die Strassen sollen aber weniger belastet werden. Für den Strassenbau hat weder die Gemeinde noch der Kanton Geld vorgesehen. Es geht darum die Strassen besser zu nutzen. Im Grundkonzept geht es auch nicht um das Verboten. Wenn der Sprechende die Zahlen der Kreisel ansieht mit über 24'000 Fahrzeugen pro Tag ist Kriens weit entfernt von autoarmen Quartieren. Er möchte nur, dass der Verkehr nicht ganz zusammenbricht.

Gemäss Beat Tanner kann es durchaus sein, dass mehr Parkplätze mehr Verkehr verursachen können. Das ist aber nicht nur so. Er selber geht mit dem Velo oder dem ÖV zur Arbeit, hat aber ein Gas-Auto zu Hause. Er braucht dies höchstens am Samstag zum Einkaufen. Wenn er das nicht hätte, würde er nicht dort wohnen. Er möchte sich die Freiheit nicht nehmen lassen ein Auto zu haben. Nicht jeder Parkplatz generiert die ganze Woche Verkehr. Wenn man Leute ansiedeln möchte, die ihre Freiheit haben, müssen auch Parkplätze zur Verfügung gestellt werden.

Cyrrill Wiget führt aus, dass der Einwohnerrat Kriens sich als erstes mit diesem Grundkonzept befasst. Zum Teil wird das Grundkonzept anerkannt und zum Teil gab es einige kritische Bemerkungen zu den Unterlagen. Der Sprechende anerkennt, dass dies eine grosse Herausforderung für ein Milizparlament ist. Der Gemeinderat ist jedoch der Auffassung, dass Kriens ein gescheitertes und intelligentes Milizparlament hat und deshalb darf dies dem Einwohnerrat auch zugemutet werden. Für diejenigen, die sich noch vertiefter damit auseinandersetzen wollten, wurde eine Veranstaltung gemacht. Diese Veranstaltung wurde auch rege besucht. Dem Gemeinderat ist es ein Anliegen festzuhalten, dass dieses Konzept nicht unchristlich, besonders liberal, links oder rechts ist. Verkehr ist eigentlich Physik. Strassen sind wie kommunizierende Röhren. Der Autofahrer ist ein intelligenter Mensch und merkt sehr schnell wenn an einem Ort Stau ist, kann er dem über einen anderen Weg ausweichen. So füllt sich das System sehr schnell. Das hat nichts mit links oder rechts zu tun. Darum wurde dieses Konzept in erster

Linie durch Ingenieure erarbeitet. Dieses ist also nicht auf dem Mist des zuständigen Gemeinderates gewachsen. Das zuständige Büro wurde auch nicht durch den Gemeinderat ausgesucht. Das sind die Sieger des Wettbewerbs. Bei der Wettbewerbsvorgabe war das Ziel, dass mit dem Verkehr umgegangen werden kann. Der Auftrag war mit dem vorhandenen Strassennetz auszukommen. Es kann kein Vorwurf gegen die Ingenieure gemacht werden. In diesem Gebiet hat der Kanton rund Fr. 80'000.00 ins Strassennetz investiert. Im Moment sind auch weder im Budget des Kantons noch der Gemeinde grössere Strassenprojekte geplant. Einige Ausbauten für einzelne Verkehrsträger sind aber in diesem Grundkonzept abgebildet. Ein grösserer Ausbau des Strassennetzes ist nicht auf dem Radar. Das Konzept versteht sich in einer zeitlichen Spanne von etwa 20 Jahren. In dieser Zeit ist nicht zu erwarten, dass zusätzliche Gelder aufgetrieben werden können, um zusätzliche Strassen zu bauen. Darum ist die Cleverness nötig, wie man damit umgeht. Damit man dies schafft, mussten alle Register gezogen werden. Für den Gemeinderat wäre es wichtig, dass man sich nicht nur auf einen Teil des Registers versteift. Das Konzept enthält einen Strauss voll Massnahmen, welche sich gegenseitig begünstigen. Es wird vermehrt davon ausgegangen, dass es verschiedene Verkehrsträger gibt. Die verschiedenen Verkehrsträger sind einzeln in einem eigentlichen Plan festgehalten. Diese können dann übereinander gelegt werden und ergeben das Gesamtverkehrskonzept. Die vier Systeme wie Fussverkehr, Radverkehr, ÖV und der MIV werden durch die S-Bahn ergänzt. Die S-Bahn spielt in diesem Gebiet eine unheimlich wichtige Rolle. Deshalb wird auch der Bahnhof massiv ausgebaut. Heute hat er rund 1'000 – 2'000 Frequenzen und fasst am Schluss rund 10'000 Frequenzen. Wenn 7'000 – 8'000 Fahrten pro Tag mit der S-Bahn gemacht werden können, einige tausend Fahrten mit dem ÖV, weitere paar tausend Fahrten mit dem Langsamverkehr, entlastet dies das Gesamtsystem. Dies erlaubt neue Ansiedlungen. So ist ganz einfach die Physik angedacht und hat eine innere Logik. Neben dem, dass die vier Systeme ausgebaut werden, braucht es gewisse Steuerungsmechanismen. Die Steuerungsmechanismen sind das Push & Pull. Der Gemeinderat weiss, dass die Push-Massnahmen die politisch angenehmeren sind. Darum setzt der Gemeinderat auch auf diese. Wenn jemand in der Neustadt wohnt, kann dieser übers Bahntrasse verkehrsunabhängig bis zur neuen Saalsporthalle gelangen. Das ist eine Attraktionssteigerung. Schwieriger sind die Pull-Massnahmen, auf welche man nicht ganz verzichten kann. Das sind die Massnahmen, bei welchen man an der Quelle Gedanken machen muss wie z.B. bei den Parkplätzen. Es muss geschaut werden wo die Obergrenze ist. Diese gibt es im heutigen Parkplatzreglement nicht. Das ist der Teil worüber in Zukunft noch gestritten wird. Neben diesen Steuerungsmaßnahmen ist das Monitoring ein wichtiger Faktor. Es sind halt alle Zahlengläubiger. Man glaubt es erst dann, wenn es bewiesen werden kann. Darum ist es wichtig bei allen vier Verkehrsträgern zu schauen, auf welchem Niveau sich die Belastung bewegt und ob man mit den Massnahmen etwas erreicht. Wenn man nichts erreicht, ist es die falsche Massnahme. Deshalb ist es auch ein lernendes Projekt. So kann man ständig die entsprechenden Massnahmen ergreifen oder eben auch nicht. Das ist auch der Grund, wieso man ein Konzept und keinen Richtplan machen will. Ein Konzept ist politisch agil und man kann darauf reagieren. Ein Richtplan ist viel starrer und hat nie die Reaktionsfähigkeit um die richtigen Massnahmen zu ergreifen. Die falschen Massnahmen haben nachhaltig einen falschen Effekt. Man erinnert sich dann immer, was die Politik falsch gemacht hat. Der Sprechende kommt nun auf einzelne Voten zu sprechen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion findet das Konzept wirtschaftsfreundlich. Diese Erkenntnisse hat den Gemeinderat gefreut. Er ist der festen Überzeugung, dass es am Schluss auch stimmt. Wenn neue Ansiedlungen gemacht werden, die über dem Tragbaren liegen, dann ist es nicht mehr möglich anzusiedeln. Das führt sogar dazu, dass es eigentümerfeindlich wird. Denn derjenige Eigentümer, welcher noch ein Grundstück hat und mit dem Bau gewartet hat, der kann nicht mehr ansiedeln. Das ist zutiefst unliberal, wenn nicht jeder Eigentümer oder Investor die gleichen Möglichkeiten haben. Weiter entstand die Diskussion um das damalige Fahrtenmodell. Räto Camenisch hat völlig zu Recht gesagt, dass das vorliegende Konzept nicht das ist worüber abgestimmt wurde. Das Fahrtenmodell war eine völlig andere Geschichte. Im Konzept gibt es einen Plan, wie das mit den Parkplätzen angedacht ist. Ein solcher Plan wurde damals mit Fahrten erstellt. Man hatte damals schon die Idee der

Parkplatzbewirtschaftung oder der Beschränkung der Parkplätze. Man stand damit aber etwas an und hat deshalb von Fahrten gesprochen. Es wurden Gevierte gemacht und gesagt, welches Areal wie viele Fahrten zu gute hat. Das wurde nachher politisch angefahren und unterlag der Abstimmung. Heute ist man wieder bei den Ideen der Parkplätze. Es wird aber mit einer Dosierung des Areals kombiniert. Die Dosierung hat nichts mit einer Schikane zu tun, sondern es geht einfach darum, dass wenn an einem Kreisel das System bereits an die Belastungsgrenze kommt, nicht noch ein Parkhaus entleert wird. Das macht keinen Sinn, denn dann steht jeder. Beim Nidfeld wurden 200 Fahrten pro Stunde in der Abendspitzenzeit festgelegt. Das sind ca. 3 Fahrten pro Minute. Weiter wurde die ganze Problematik der Verbindlichkeit angesprochen. Dieses Thema beschäftigt den Gemeinderat auch. Die Idee keine Richtplanungen sondern Verbindlichkeiten zu machen, beruht darauf, dass der Einwohnerrat von Kriens bürgt und über das gesprochene gerade steht. Beim Parkplatzreglement soll zusammen eine Lösung gefunden werden. Der Einwohnerrat Horw muss es dann gleich machen und kann nicht viel grosszügiger sein. Der Verkehr geht durch beide Gemeinden. Diese Verbindlichkeiten sind politischer Natur und funktionieren nur, wenn der Gemeinderat das Konzept durchzieht, den Rücken hinhält und die Schwierigkeiten durchsteht. Yasikaran Manoharan hat richtig festgestellt, dass Kriens nicht als erstes damit operiert. Es wurde stark mit dem Referenzbild Köniz gearbeitet. In Köniz ist das Gewerbe nach einer ersten Nachjustierung sehr glücklich. In den Gevierten, die siedlungsorientiert gestaltet sind, kommt man sehr schnell vorwärts. Der moderne Tourist kommt nicht immer mit dem Auto. Der asiatische Markt wächst und diese Personen kommen mit dem Car. Darauf muss man auch reagieren können. Auf die Ansiedlung soll auch positiv reagiert werden, damit die Mobilität stabil bleiben kann. Viel wurde gesagt, dass es sehr feindlich gegenüber dem MIV ist. Der Gemeinderat möchte dem entgegentreten. Das würde heissen, dass der Individualverkehr eingeschränkt wird. Aber man geht davon aus, dass der Individualverkehr nochmals zunimmt, weil es tatsächlich zusätzliche Ansiedlungen gibt, wo neue Parkplätze angedacht oder schon bewilligt wurden. Es wird versucht, dass alles was zusätzlich hinzukommt, auch im Gesamtsystem mit anderen Verkehrsträgern ersetzt werden kann. Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass das Potential der anderen Verkehrsträger vorhanden ist und einen Beitrag leisten kann. Das Gesamtsystem wurde sehr gut errechnet und dieses ist nicht vollkommen erschöpft, aber es ist nahe an der Belastungsgrenze. Kriens kann noch ein wenig wachsen, aber nicht mehr sehr stark. Die Grünen sagten, dass die Strategie in einen Kontext eingebettet ist. Das ist ein wichtiger Teil. Der Verkehr wird häufig als isoliertes Element in der Gründung einer solchen städtebaulichen Entwicklung betrachtet. Der Verkehr hat eine dienende Funktion. Man will in diesem Gebiet Gewerbe ansiedeln und Wohnungen bauen. Das braucht die Auffassung, dass der Mobilität ein Beitrag geleistet werden muss. Der Verkehr darf nicht der Überbau des Ganzen sein. Es wurde noch die Frage gestellt, ob es demokratisch ist, dass dies mit Ingenieuren erarbeitet wurde. Der Gemeinderat hat sich dies auch überlegt. Beim Gesamtverkehrskonzept ist man umgekehrt vorgegangen. Es wurde zuerst partizipativ erarbeitet. Bei diesem Konzept wurde der umgekehrte Prozess gewählt. Dieser lebt davon, dass die politische Mitsprache heute im Einwohnerrat beginnt. Der Gemeinderat muss bei der Umsetzung immer den Einwohnerrat fragen. Alle Bebauungspläne und Reglemente in diesem Gebiet werden vom Einwohnerrat beraten. Der Gemeinderat war der Meinung, dass mit diesem Konzept die Grundgedanken vorgelegt werden. Der Sprechende meint, wenn man es nicht wagt, geht man das grössere Risiko ein. Nichts machen ist der gefährlichere Weg. Bei aller Kritik steht ja kein anderer Vorschlag im Raum, ausser der massive Strassenausbau, der nicht der Auftrag war und auch nicht in der Finanzplanung enthalten ist.

Gemäss Matthias Senn gibt es in den städtebaulichen Richtlinien drei Bereiche, die schon politisch im Einwohnerrat diskutiert wurden. Einerseits ist es die Frage der Hochhäuser, dann die Esplanaden als Ortseingang und als drittes der Raum unter der Brücke des Bypasses. Bei den Hochhäusern wurde die Frage gestellt, ob es richtig ist, dass noch mehr Hochhäuser an der Langsägestrasse gebaut werden, nachdem es beim Eichhof West eine gewisse Oppositi-

on aus dem Quartier gab. Der Sprechende hatte Freude, als dies so auf den Tisch gekommen ist, weil es eigentlich doch auch bestätigt hat, dass städteräumlich richtig ist, was im Eichhof West geplant wurde. Bei den anderen Hochhäusern wird es wahrscheinlich lange dauern, bis etwas realisiert wird. Der Bereich der Herzog Elmiger AG kann erst gebaut werden, wenn diese Firma weg ist und der Bypass tatsächlich kommt und gebaut wird. Das kann noch 20 Jahre dauern. Die Brauerei Eichhof hat zurzeit auch keine Bauabsichten. Die Esplanade ist ein guter Vorschlag, wie der Ortseingang zwischen Grosshof und Kupferhammer gestaltet werden kann. Dieses Thema wird schon länger diskutiert. Wenn die Busspur im Kupferhammer kommt, gibt es die Chance eine richtige Gestaltung zu machen. Der dritte Punkt ist die Gestaltung unter den Brückenbauwerken. Es war eine Forderung der Gemeinde Kriens, dass etwas passieren muss, wenn die Brücke doppelt so breit wird wie heute, damit dies nicht zum sozialen Unort gemacht wird. Die Vorschläge mit dem Skaterpark, der Boulderwand, den Food-Market und die Kurzzeitparkplätze tragen alle zur Belebung dieses Ortes bei. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass man so in die richtige Richtung fährt. Vor zwei Jahren wurde die Ortsplanungsrevision rechtskräftig. Das ganze Gebiet war Arbeitszone. Damals konnten nur Gewerberäume gemacht werden. Dank den Umzonungen im Mattenhof und der Möglichkeit mit Bebauungsplänen Mischnutzungen zu machen, ist das Interesse an diesem Gebiet stark gestiegen. Es ist eine schwierige Frage, wo der richtige Mix ist. Das wird man noch weiter diskutieren müssen. Der Gemeinderat hat gerade gestern die stadträumlichen Richtlinien des Mattenplatzes besprochen. Es wurde klar gesagt, dass man an der Mischnutzung festhalten möchte. Das Erdgeschoss soll gewerblich genutzt werden und in den oberen Geschossen soll es eine gewisse Flexibilität geben. Gewerbe müssen nicht nur handwerkliche Gewerbe sondern auch Büros, Dienstleister, Verkauf etc. sein. Der Gemeinderat hofft, dass das Erdgeschoss gut gefüllt werden kann. Der Sprechende kommt auf die Kritik von Cla Büchi zurück. Er meinte das Konzept sei ein erster Wurf. Matthias Senn möchte dies richtig stellen. Der Einwohnerrat hat vor zwei Jahren einen Kredit von 1.6 Mio. Franken bewilligt. Der Teil des Vertiefungsgebietes II hat Fr. 150'000.00 gekostet. In den letzten 1 ½ Jahren wurde sehr intensiv gearbeitet und wurde von verschiedenen Gremien eng begleitet. Auf der fachlichen Seite war es die Arbeitsgruppe Städtebau Freiraum LuzernSüd, dann gab es eine übergeordnete Kerngruppe, weiter hat der Beirat Städtebau darüber beraten und verabschiedet wurde es vom Steuerungsgremium LuzernSüd. Erst dann kam es in den Gemeinderat. Dies ist die Grundlage für die Weiterplanung, welche dann auch die Grundlage für grundeigentümergebundene Umsetzung ist. Im Vertiefungsgebiet I ist man bereits an den Bebauungsplänen. Beim Mattenplatz wird es schnell kommen.

Martin Heiz möchte noch ein paar Worte zum Verkehr und Stau sagen. Der Sprechende fährt jeden Tag nach Rotkreuz. Es gibt heute schon Stau. Wenn man geschickt ist, geht man am Morgen fünf Minuten früher aus dem Bett und kommt ohne Problem durch. Mit den flexiblen Arbeitszeiten kann das der Arbeitnehmer machen. Der Verkehr wird sich einfach auf andere Zeiten verlagern. Wenn jemand während der Rush-Hour in den Verkehr möchte, ist es jedem selber überlassen. Der Sprechende kommt auf Köniz zu Sprechen. Die Baukommission war schon in Köniz zu Besuch. Wenn Köniz als Vorbild für LuzernSüd gelten soll, dann ist das falsch. Köniz ist eher ein Vorbild fürs Zentrum. Aber wenn er Köniz ins Zentrum von Kriens appliziert, dann müssen etwa 10 Meter breitere Strassen durch Kriens hindurch gebaut werden. Das Gewerbe ist in Köniz schon glücklich. Weshalb? Weil jeder einen Kurzzeitparkplatz vor dem Geschäft erhalten hat. Das sind Einkaufsgeschäfte und keine Gewerbebetriebe, die man vielleicht in LuzernSüd ansiedeln möchte.

Alfons Graf möchte wissen, wie viel von LuzernSüd effektiv auf Krienser Boden ist. Den Sprechenden stört es, dass es LuzernSüd heisst. Wird Kriens kastriert? Kriens ist auch involviert und zahlt 14 Mio. Franken an die Folgekosten. Richtig sollte es Kriens-LuzernSüd heissen.

Matthias Senn kann nicht ganz genau sagen, wie viel es wirklich ist. Damals als die unüberbauten Grundstückflächen zusammengezählt wurden, ergab es in Kriens 300'000 m² und in Horw 100'000 m². Da kommen all diejenigen Grundstücke hinzu, die bereits überbaut sind und es vielleicht etwas Neues gibt. Die Areale in der Stadt Luzern sind auch eher Neuentwicklungen und nicht brachliegende Areale. Im Vergleich zu Horw sind es etwa $\frac{3}{4}$. Zum Namen LuzernSüd gab es auch schon einen kritischen Antrag. Es wurde jedoch nicht von allen unterstützt. Der Sprechende findet den Brandnamen gut und das Gewerbe schätzt den Namen auch.

Thomas Lammer stellt fest, da es sich um einen Planungsbericht handelt, ist das Eintreten unbestritten und es kann nun mit der Detailberatung begonnen werden.

Detailberatung

LuzernSüd Grundkonzept Verkehr

Seite 35 - Velobahn

Davide Piras hat eine Anmerkung. Hier wird mit sehr viel Enthusiasmus die Velobahn gezeigt. Dieser Begriff ist nicht einfach so erfunden, sondern ist ein Fachbegriff aus Deutschland, welcher zeigt, wie sich eine Masse von Velos bewegen kann. Hier ist man nicht auf dem aktuellen Stand. Es soll auch im Ausland geschaut werden, was dort läuft. Dort spricht man nicht von wenigen Velos, sondern von massenhaften Velobewegungen. Diese sind gar nicht zu unterschätzen, denn es braucht ein Zusammenleben des Strassenverkehrs und der Velobahnen. Es geht darum, dass Lichtsignalanlagen für die Velobahn erstellt werden, damit der Verkehr des MIV und der Velos flüssig bleibt. Das ist gar nicht so einfach. Es gibt drei grosse Überquerungen, wo es zu neuralgischen Punkten kommen kann.

Seite 26 – Entwicklung des S-Bahnangebotes

Anita Burkhardt-Künzler kommt auf die Entwicklung des S-Bahn Angebots zu sprechen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion hat darüber diskutiert, ob eine S-Bahn Station Kriens Zentrum auch einmal ein Thema war. Der Gemeinderat soll dies mitnehmen.

Seite 105 – Hinweise zur Finanzierung

Leo Sigg führt aus, dass eine Arbeitsgruppe von LuzernPlus die Möglichkeiten zur Beteiligung von Grundeigentümern und Bauherrschaften an den Anpassungen der Strassenanlagen und dem Ausbau des Angebots prüft. Darauf muss ein grosses Augenmerk gelegt werden, damit man dies genug früh klärt, wie die Beteiligungsmöglichkeiten aussehen. Es soll nicht zu spät gemacht werden, wenn die ersten schon gebaut haben. Auch bezüglich der Bauherrschaften ist es wichtig, dass diese gewisse Rechtssicherheiten haben.

Bericht und Antrag

Auftrag CVP/JCVP/GLP: Flankierende Massnahmen Bypass

Viktor Bienz stellt im Namen der CVP/JCVP/GLP-Fraktion folgenden Auftrag: *Bei der Projektierung des Bypasses, der die Verkehrssituation im Planungsgebiet Luzern Süd massgeblich beeinflussen wird, ist darauf zu achten, dass bei den Autobahnanschlüssen Luzern-Horw und Luzern Süd/Kriens zwingend flankierende Massnahmen zu treffen sind. So soll insbesondere überlegt werden, wie Ausweichverkehr ab der Ausfahrt Luzern Horw durchs Quartier bei Stau auf der A2 Richtung Norden verhindert werden kann.* Es ist allen klar, dass es die Aufgabe

des Einwohnerrates ist hier zu reagieren und allenfalls zu intervenieren. Es darf auf gar keinen Fall passieren, dass die Wohnquartiere darunter leiden müssen und somit ihre Wohnqualität verlieren. Deshalb bittet er darum den Auftrag zu unterstützen.

Gemäss Cyrril Wiget opponiert der Gemeinderat dem Auftrag inhaltlicher Art nicht. Tatsächlich muss man in dieser Frage vorausschauend handeln. Die Problematik ist die, dass es vom Zeithorizont her nicht stimmt. Das Konzept behandelt die nächsten 20 Jahre und der Bypass kommt erst nachher. Wenn jetzt Abklärungen getroffen werden, muss man sehen, dass man mit sehr knappem Geld dieses Konzept erarbeiten musste. Jeder zusätzliche Prüfauftrag kostet nochmals. Wenn der Einwohnerrat das akzeptiert, kann der Gemeinderat sich schon damit anfreunden.

Räto Camenisch findet dies einen ganz wichtigen Artikel. Der kann nicht nur andiskutiert und entgegengenommen werden. Dies ist etwas ganz zentrales. Der Gemeinderat muss diesen Auftrag ernst nehmen und nicht nur jetzt in dieser Planung, sondern auch weiterdenken. Die Behandlung der ganzen Bypassfrage spielt zusammen. Er ist überhaupt erstaunt, wie die Leitung von LuzernSüd sich sehr wenig um die Folgen des Bypasses kümmert. Das ist erschreckend. Erst recht hat dieser Artikel eine Wichtigkeit. Deshalb unterstützt er den Antrag.

Abstimmung über Auftrag CVP/JCVP/GLP (Flankierende Massnahmen Bypass):
Mit 30:0 Stimmen wird der Auftrag der CVP/JCVP/GLP überwiesen.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	n.t.
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmutz, Manuel	ja
Sigg, Leo	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	ja

Auftrag CVP/JCVP/GLP: Sicherstellung Realisierung ÖV und Langsamverkehr beim Bezug der ersten Immobilie

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion stellt gemäss Viktor Bienz folgenden Auftrag: *Es muss sichergestellt sein, dass der geplante Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs gleichzeitig mit dem Bau der ersten der neuen Siedlungen realisiert wird und beim Bezug der Immobilien vollumfänglich verfügbar ist.* Die Erfahrung zeigt, dass die intelligente Wahl des jeweils geeignetsten Verkehrsmittels besonders dann langfristig gelebt wird, wenn diese Verkehrsmittel den Betroffenen von Anfang an attraktiv zur Verfügung stehen und so zur Wohnheit werden. Sehr wichtig erscheint der CVP/JCVP/GLP-Fraktion deshalb ebenfalls eine Mobilitätsberatung für Neuzuzüger und Neuzugügerinnen und Arbeitsplatzanbieter.

Martin Heiz verweist auf die Seite 11 4.2 Öffentlicher Verkehr. Das Rückgrat von einem leistungsfähigen ÖV-Angebot bildet die Zentralbahn. Die Taktverdichtung zu einem 7.5 Min-Takt in den Hauptverkehrszeiten gibt es ab 2030. Weiter unten steht, dass der S-Bahnhof Horw erst ab 2035 bereit ist. Die Baukommission wurde darüber informiert, dass die Südallee über das Privatgrundstück gehen muss. Das heisst, wenn dieser Grundeigentümer nichts macht, ist der andere der Angeschwärmte. Wenn er den Antrag durchliest, muss alles bereit sein. In zwei Jahren ist aber nichts bereit, aber dann will jemand bauen. Der Öffentliche Verkehr muss mit der gesamten Entwicklung abgestimmt sein. Er glaubt kaum, dass der AggloVerband hier etwas macht, nur dass nachher leere Züge hin und her fahren. Wenn dieser Auftrag so durchkommt, ist die CVP die gewerbeverhindernde Partei Nr. 1 in diesem Gebiet. Das kann gar nicht realisiert werden und es gibt eine Blockade bis 2035.

Christine Kaufmann-Wolf wurde von den Zahlen betreffend der Einsetzung des 7.5-Min-Takts der Zentralbahn, welche erst im 2030 eingeführt werden soll sowie der Verknüpfung Bahn-Bus in Horw erst im Jahre 2035 auch geschockt. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion möchte, dass das Angebot für ÖV wie auch für den Langsamverkehr steht, wenn sich zukünftige Mieter für eine Wohnung interessieren. Mit dem Angebot werden gerade Mieter angesprochen, welche bewusst auf den ÖV setzen. Die Sprechende ist überzeugt, dass die Mehrheit der zukünftigen Mieter im Gebiet Luzern Süd vor allem Personen mit nur einem oder gar keinem Auto sind. Es werden Mieter sein, welche das urbane Feeling in einem modernen städtebaulichen Quartier suchen und den sehr guten ÖV-Anschluss wie auch den Veloweg schätzen. Sie werden in ihrer Wohnungswahl berücksichtigen, dass Parkplätze nur in geringer Anzahl vorhanden sind. Übrigens macht die Immobilienfirma Mobimo in ihrem Werbedokument explizit mit dem S-Bahn-Anschluss und dem „Velohighway“ Werbung.

Räto Camenisch hat auf den ersten Blick Sympathie mit diesem Auftrag. Im Grunde genommen ist es richtig gedacht. Aber in dieser Form darf es nicht geschrieben werden. Es gehört ein „wenn möglich“ hinein. Wenn die Gemeinde Kriens deswegen vorzeitig eine Buslinie installieren muss, dann kostet dies viel Geld. Die VBL wird der Gemeinde Geld abnehmen, wenn zwei Jahre vorher als geplant die Buslinie eingeführt werden soll. Wenn der Antrag mit „wenn möglich“ ergänzt wird, kann er dem Auftrag zustimmen.

Erich Tschümperlin findet es auch wichtig, dass die Infrastruktur vorhanden ist. Er hat keine Angst, dass sich der Gemeinderat ein Bein ausreisst, wenn es nicht genau auf den Termin nach ist. Die Verwaltung ist relativ mager bestückt mit Personen. Das ist sicher etwas, was man aus dem Augenwinkel verliert, wenn es losgeht. Wenn es eine Formulierung gibt, die den Gemeinderat dazu verpflichtet, wird er sich darum bemühen. Er denkt nicht, dass man deswegen etwas unglaublich teures macht.

Martin Heiz möchte nun schon noch die Meinung des Gemeinderates hören. Wie geht er damit um? Es ist ja nicht nur eine Bemerkung, sondern ein Auftrag. Deshalb interpretiert er dies auch anders. Er macht beliebt, dass der Auftrag in eine Bemerkung umgewandelt wird, sofern dies möglich ist. Wenn der Auftrag gemacht werden muss, kostet es Geld.

Gemäss Cyrrill Wiget macht der Gemeinderat beliebt, dass der Auftrag in eine Bemerkung umgewandelt wird. Dieses Anliegen als Auftrag umzusetzen ist nicht möglich. Wenn die Worte „wenn möglich“ hineingenommen werden, würde es helfen dies entsprechend umzusetzen. Dann ist es die Absichtserklärung zur Abstimmung zwischen Siedlung und Verkehr. Das heisst der Verkehr muss aufgefangen werden, wenn eine neue Siedlung kommt. So versteht sich das Konzept auch. Das Konzept versteht sich aber nicht so, dass sämtliche Massnahmen immer zum Voraus gemacht werden. Es muss auch den Realisationskosten entsprechend gehandelt werden. Wenn der Einwohnerrat einverstanden ist mit den Zusatzbemerkungen, ist der Gemeinderat bereit dies zu übernehmen.

Viktor Bienz führt aus, dass die CVP/JCVP/GLP-Fraktion bereit ist den Auftrag in eine Bemerkung umzuwandeln. Das Wort vollumfänglich soll durch wenn möglich ersetzt werden. Es ist das Interesse, dass beim Verkehr etwas Druck aufgesetzt wird, damit alles vorhanden ist, wenn die Ersten einziehen.

Abstimmung über Bemerkung CVP/JCVP/GLP (Realisierung ÖV & Langsamverkehr):
Mit 18:8 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird die Bemerkung der CVP/JCVP/GLP überwiesen.

Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	Enthaltung
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	Enthaltung
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfelner, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	nein
Rösch, Daniel	nein
Schmutz, Manuel	ja
Sigg, Leo	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	Enthaltung
Tanner, Beat	nein
Trüb, Paul	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja

Bemerkung SP/JUSO: Seite 15/29 – Zuteilung Geviert A

Folgende Bemerkung möchte die SP/JUSO-Fraktion laut Cla Büchi überweisen: *Das Geviert A ist im Grundkonzept Verkehr LuzernSüd ebenfalls einer Gebietseinteilung für die Berechnung des reduzierten Parkplatzbedarfs (Seite 60 des Grundkonzepts Verkehr) zuzuordnen (sinnvollerweise dem Gebiet II).* Das Geviert A ist ein Gebietsteil von LuzernSüd und wird in den Planungsrichtlinien auch als solcher behandelt. Das heisst, auf ihm ist eine Abweichung der Baudichte und Zonenbestimmungen gegenüber dem Bau- und Zonenreglement möglich, unter anderem den Bau eines Hochhauses von 45 m Höhe. Darum sollen auf diesem Geviert auch die Bestimmungen der Parkplatzberechnungen des Grundkonzepts Verkehr LuzernSüd zur Anwendung kommen.

Gemäss Cyrril Wiget ist es inhaltlich kein Problem. Diese Bemerkung gehört aber nicht hier hin, weil das Parkplatzreglement für die gesamte Gemeinde gemacht wird. Die beiden Gebiete werden ohnehin zusammen genommen. Der Einwohnerrat kann im April darüber diskutieren. Die Zonengrenzen können dann verändert oder einer anderen Kategorie zugeordnet werden.

Abstimmung über Überweisung Bemerkung SP/JUSO (Ergänzung):

Mit 14:13 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird die Bemerkung überwiesen.

Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	Enthaltung
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	Enthaltung
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfelner, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	nein
Rösch, Daniel	nein
Schmutz, Manuel	ja
Sigg, Leo	Enthaltung
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	nein
Tanner, Beat	nein
Trüb, Paul	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja

Seite 17

Bruno Bienz hat eine Frage zum Mobilitätsmanagement der Bevölkerung. Das klingt alles sehr gut. Was ist hier angedacht und was macht der Gemeinderat zur Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung?

Gemäss Cyrrill Wiget ist die Kampagne des Kantons „Jeder Tag, Ihr ÖV Tag“ etwas was es noch nie gegeben hat. Man bekennt sich von höchster politischer Stelle zu den Verkehrsmitteln. Der ÖV hat seine Bedeutung und wird gefördert. Das sind gute Zeichen, die in diesem Sinne weiter getragen werden müssen.

Bemerkung FDP: Seite 18 – Monitoring und Controlling

Enrico Ercolani möchte im Namen der FDP-Fraktion folgende Bemerkung überweisen: *Das Monitoring soll nur alle drei Jahre durchgeführt werden.*

Erich Tschümperlin opponiert der Bemerkung. Der Sprechende ist der Meinung, dass man Zahlen haben muss, wenn man das Projekt justieren möchte. Diese Zahlen liegen vor, da bereits Verkehrszählungen gemacht wurden. Leider wurde nur der motorisierte Verkehr gezählt. Um eine Aussage machen zu können, was diese Massnahmen bringen, sollte man mindestens am Anfang Zahlen haben. Zu einem späteren Zeitpunkt kann man dann allenfalls mit dem Monitoring zurückgehen.

Beat Tanner wollte wissen wie es wirklich ist und hat deshalb jemanden bei der Stadt Verwaltung konsultiert. Dieser Dienstabteilungsleiter der Stadt findet auch, dass man das Monitoring nicht jährlich durchführen muss, da es zu viel ist. Dies benötigt man nicht.

Gemäss Davide Piras hat man ein Gebiet, welches am Wachsen ist. Dafür braucht es Messgrössen. Ohne Monitoring kann man diese Messgrössen nicht ermitteln. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist der Meinung, dass man am Anfang jährliche Messungen durchführen soll und später, wenn das Wachstum stabil ist, könnte man die Dauer verlängern.

Bruno Bienz hat eine gewisse Sympathie zu dieser Bemerkung. Der Sprechende möchte wissen, wie der Gemeinderat die Situation sieht. Dies ist für ihn entscheidend.

Cyrrill Wiget erläutert, dass der Gemeinderat dies natürlich auch diskutiert hat. Die Problematik ist dabei, die Verknüpfung von Geld und dem Intervall. Das Intervall ist noch nicht ausdiskutiert. Der Kanton möchte kein Monitoring in jedem einzelnen Bereich oder Entwicklungsgebiet machen, sondern den Kanton interessieren natürlich die Zahlen. Es gibt eine Arbeitsgruppe, welche über das Intervall noch weiter diskutieren wird. Das Problem des Antrages ist, dass wenn man das Intervall weiter nach oben setzt, man davon ausgeht, dass es dann nicht die Fr. 70'000.00 im Jahr kosten wird. Es ist jedoch so, dass auch das Monitoring seinen Preis hat. Später wird es garantiert günstiger werden, aber am Anfang muss man mal etwas investieren. Wenn es wirklich nur um das Intervall geht, kann man dies als Bemerkung überweisen, der Preis wird damit aber ziemlich sicher nicht runter gehen.

Cla Büchi ist etwas irritiert. Im Bericht und Antrag auf Seite 25 wird ausgeführt, dass ein umfassendes Monitoring und Controlling alle vier Jahre durchgeführt wird. In der Mitte dieser vier Jahre wird eine Light-Version durchgeführt, welche durch zwei Zwischenmessungen ergänzt wird. Der Sprechende ist überzeugt, dass dieser Turnus zweckdienlich und notwendig ist. Er hat das Vertrauen, dass der Rhythmus dieser Messungen durch die Steuergremien oder die Gemeindeverwaltung Kriens angepasst wird, falls diese Messungen zu viel wären. Cla Büchi bittet Cyrrill Wiget dazu nochmals Stellung zu beziehen.

Cyrrill Wiget führt aus, dass der Gemeinderat froh wäre, wenn diese Bemerkung nicht überwiesen wird. Das Vertrauen kann der Einwohnerrat haben. Das Intervall ist hier in diesem Bericht modellhaft aufgezeigt, wie man dies machen könnte. Dies ist momentan auf Stufe Grobkonzept. Es wird noch geschaut, welches Intervall hier richtig ist.

Abstimmung über Überweisung Bemerkung FDP (Monitoring 3 Jahre):
Mit 17:12 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Bemerkung nicht überwiesen.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Râto	nein
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	Enthaltung
Kobi, Tomas	nein
Manoharan, Yasikaran	nein
Marty, Robert	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Portmann, Peter	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmutz, Manuel	nein
Sigg, Leo	nein
Spörri, Raphael	nein
Staub, Katja	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein

Seite 28

Gemäss Bruno Bienz formuliert die Studie drei zentrale Zielsetzungen. Eine davon ist die Schaffung eines Stadteinganges Kriens-Luzern. Die Grüne/JG-Fraktion geht davon aus, dass auch der Kanton im Boot ist mit dieser Planung. Die Grüne/JG-Fraktion fragt sich, wie der Kanton gedenkt, ein Baugesuch für Parkplätze einzureichen. Die Überbauung der Autobahn wäre hierbei auch sehr wichtig. Mit schön geschriebenen Sätzen, gibt es noch keine Lebensqualität in diesem Gebiet. Der Bypass in der geplanten Variante, stellt alle bisherigen Pläne in Frage. Das Kriterium sollte wie im letzten Absatz der Würdigung sein. Dies erwartet die Grüne/JG-Fraktion vom Gemeinderat so.

Bemerkung SP/JUSO: Seite 28 – Konzeptionelle Richtlinien

Die SP/JUSO-Fraktion möchte gemäss Cla Büchi folgende Bemerkung überweisen: *Die konzeptionellen Richtlinien über den Stadtraum Luzernerstrasse sind durch städtebauliche Machbarkeitsstudien zu überprüfen. Es sollen verschiedene städtebauliche Ansätze einer Stadtkante und Verbindung zwischen dem Obergrund und dem Kupferhammer in Plänen und Modellen den Beurteilungsgremien aufgezeigt werden.* Die konzeptionellen Richtlinien zu den Gevierten

A bis E entlang der Langsägestrasse und Luzernerstrasse lassen vertiefte Überlegungen vermissen. Die Lage der städtischen Kante auf der hangseitigen Seite der Langsägestrasse, die Bildung der Stadtkante mittels weiterer Hochhäusern, die Ausbildung der Langsägestrasse als untergeordneter, öffentlicher Raum, die Anordnung der Esplanaden entlang der unwirtschaftlichen Luzernerstrasse und die gewerblich genutzten Bauten, die die Esplanaden von der Stadtkante trennen, offenbaren einige Widersprüche und werfen Fragen auf. Unter anderem fragt man sich, wieso die Esplanaden, die zum Verweilen und Flanieren einladen sollen, ausgerechnet an der stark befahrenen Luzernerstrasse liegen und von den Personenströmen der Stadtkante durch die Gewerbebauten und die Langsägestrasse getrennt sind. Oder es drängt sich die Frage auf, wieso man die Stadtkante mit weiteren Hochhäusern akzentuieren will, nachdem die Hochhäuser auf dem Areal Eichhof West einen derart grossen Widerstand provoziert haben. Insbesondere noch, da das Hochhaus auf dem Geviert A dem Hang noch näher stehen wird als das auf dem Areal Eichhof West. Auch der abrupte Wechsel des städtischen Gepräges mit dem Hochhaus auf dem Geviert A zur Ortsbildschutzzone des Kupferhammers lässt Fragen zur Eingliederung aufkommen. Dass man den Übergang zwischen Kriens und Luzern städtisch prägen will und damit auch die Autobahnbrücke einbindet, ist richtig und soll nicht in Frage gestellt werden. Allerdings kann eine Stadtkante auch mit Gebäuden bis zu einer Höhe von 21 – 24 Metern gebildet werden. Auch ihre Lage und der Bezug zur Luzernerstrasse und den grosszügigen Freiraumbereichen (Esplanaden) bedürfen einer vertieften Analyse und Klärung. Dass die städtebaulichen Planungsrichtlinien des Vertiefungsgebietes II mit dem Grundkonzept Verkehr im selben B+A abgehandelt wird, sieht die SP/JUSO-Fraktion als unglücklich an. Während dem das Grundkonzept Verkehr sehr umfassend und ausgereift daherkommt, machen die städtebaulichen Richtlinien zum Stadtraum Luzernerstrasse den Eindruck einer ersten Idee als mögliche Diskussionsgrundlage.

Der Gemeinderat opponiert gemäss Matthias Senn diesem Antrag. Dies ist nicht ein schneller Entwurf. Der Bericht wurde in 1 ½ Jahren erstellt. Die Planungsteams haben Testplanungen und Machbarkeitsstudien durchgeführt. Dies sind nun die städtebaulichen Richtlinien, welche in die nächste Planungsphase gehen und umgesetzt werden können. Es könnten auch Grundlagen sein für Konkurrenzverfahren. Fachleute haben dies erarbeitet.

Laut Martin Heiz opponiert die SVP-Fraktion dieser Bemerkung. Auf diesem Gebiet kann man nichts mehr bauen, ausser diesen Esplanaden. Als Eingang von Kriens machen sich diese gut, da es sonst schon wenig grün hat.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion würde gemäss Viktor Bienz diese Bemerkung gerne unterstützen. Ihr ist wichtig, dass die Stadtkante sehr sorgfältig angeschaut wird. Eine Machbarkeitsstudie soll aber nicht gemacht werden. Sie bittet darum, dass man die Machbarkeitsstudie rausstreicht. Dann würde die CVP/JCVP/GLP-Fraktion diese Bemerkung unterstützen.

Cla Büchi erläutert, dass die SP-Fraktion dazu bereit wäre. Die Fraktion möchte nicht nochmals, einen solchen umtriebigen Weg bei Hochhäusern gehen. Eine städtische Kante kann man auch anders bilden. Man hat eine Achse von Süd bis Nord mit Hochhäusern. Warum soll nun noch von Ost nach West auch eine Reihe von Hochhäusern entstehen? Der Sprechende fragt sich, warum dies städtebaulich notwendig ist.

Enrico Ercolani erläutert, dass man möglichst wenig Land brauchen möchte aber möglichst viel Wohnfläche abgeben will, da es nichts Schöneres gibt als Bauten im Grünen. Der Sprechende bittet darum, dies abzulehnen. Man kann dies in 30 Jahren wieder anschauen, wenn

es soweit ist. So wie es der Gemeinderat vorgelegt hat, ist es eine super Sache und man sollte dies nicht verhindern.

Christine Kaufmann-Wolf hat eine Verständigungsfrage. Über was wird jetzt abgestimmt?

Thomas Lammer liest die Bemerkung nochmals vor: *Die konzeptionellen Richtlinien über den Stadtraum Luzernerstrasse sind zu überprüfen. Es sollen verschiedene städtebauliche Ansätze einer Stadtkante und Verbindung zwischen dem Obergrund und dem Kupferhammer in Plänen und Modellen den Beurteilungsgremien aufgezeigt werden.*

Cla Büchi möchte noch präzisieren. Im ersten Antrag ging es um die Überprüfung der Hochhäuser und die Lage der Esplanade zusammen. In den nächsten zwei Anträgen, werden diese zwei Themen auseinander genommen. Falls nun der erste abgelehnt wird, könnte man nachher einzeln über die Hochhäuser und über die Esplanaden befinden. Falls es jetzt angenommen wird, erübrigen sich die andern zwei Anträge.

Martin Heiz, findet, dass man diese Bemerkung durchlaufen lassen könnte, da darauf steht Stadtraum Luzernerstrasse. Diese Hochhäuser sind nicht an der Luzernerstrasse sondern an der Langsägenstrasse. Man könnte dies so überweisen, aber der Sprechende denkt, dass es nicht die Idee der SP ist, diese Bemerkung für die Luzernerstrasse zu machen.

Matthias Senn bittet im Namen des Gemeinderates diese Bemerkung abzulehnen. Die Phase wurde bereits abgeschlossen. Die nächste Phase ist, dass man dies grundeigentümergebündlich umsetzt.

Abstimmung über Überweisung Bemerkung SP/JUSO (Prüfung konzeptionelle Richtlinien):

Mit 22:7 Stimmen bei einer Enthaltung wird die Bemerkung abgelehnt.

Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Rätö	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	nein
Portmann, Peter	nein

Rösch, Daniel	nein
Schmutz, Manuel	ja
Sigg, Leo	nein
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	Enthaltung
Tanner, Beat	nein
Trüb, Paul	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	ja

Auftrag SVP: Verzicht Fahrtenmodell

Die SVP-Fraktion stellt gemäss Martin Heiz den Auftrag auf das Fahrtenmodell im neuen Parkplatzreglement zu verzichten.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion lehnt gemäss Judith Mathis-Wicki den Auftrag der SVP ab. Der vorliegende Bericht und Antrag ist nicht das Instrument um Detailfragen des neuen Parkplatzreglements zu diskutieren oder wichtige Pfeiler einer Gesamtlösung zu verhindern. Wie im Bericht und Antrag erwähnt, ist das Parkplatzreglement eine Schlüsselmassnahme für eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung von LuzernSüd. Es wäre deshalb unverantwortlich nun einfach eine wichtige Massnahme, wie das Fahrtenmodell, über diesen Bericht und Antrag einfach zu verhindern. Das Fahrtenmodell soll, wie andere Massnahmen dazu dienen, dass der MIV verflüssigt wird und es nicht zu einem totalen Verkehrschaos kommt. Angewendet würde es sicher nur in ganz dringenden Fällen. Weil aber heute mit diesem B+A sicher nicht der richtige Zeitpunkt ist über das Fahrtenmodell abzustimmen, lehnt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion den Auftrag der SVP ab.

Gemäss Erich Tschümperlin ist die Grüne/JG-Fraktion gegen ein Denkverbot. Es sollen alle Varianten angeschaut werden. Wenn ein Fahrtenmodell seine Vorteile hat, soll dies auch berücksichtigt werden. Die Grüne/JG-Fraktion lehnt diesen Auftrag ab.

Cyrell Wiget führt aus, dass der Gemeinderat diesem Auftrag opponiert. Der Auftrag ist formell und inhaltlich nicht richtig und kommt zum falschen Zeitpunkt.

Abstimmung über Auftrag SVP (Fahrtenmodell):

Mit 17:13 Stimmen wird der Auftrag der SVP nicht überwiesen.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	nein
Manoharan, Yasikaran	nein
Marty, Robert	ja

Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Portmann, Peter	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmutz, Manuel	nein
Sigg, Leo	nein
Spörri, Raphael	nein
Staub, Katja	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein

Antrag SVP: Seite 38 – Kenntnisnahme

Die SVP-Fraktion stellt gemäss Martin Heiz den Antrag, dass über das Grundkonzept Verkehr und das Vertiefungsgebiet II einzeln abgestimmt wird. Wenn dieser Antrag angenommen wird, folgt der nächste Antrag, dass das Grundkonzept Verkehr ablehnend zur Kenntnis genommen und der Planungsbericht Vertiefungsgebiet II LuzernSüd neutral zur Kenntnis genommen wird. Wenn über das gesamte Papier abgestimmt wird, nimmt die SVP-Fraktion dies ablehnend zur Kenntnis.

Gemäss Cyrrill Wiget opponiert der Gemeinderat dem Antrag. Auch der Gemeinderat hatte bei der Erarbeitung am Anfang etwas Mühe. Es wurde aber verlangt, dass ein Planungsbericht vorgelegt wird. Das ist von der Formalität her klar. Der Gemeinderat möchte an diesem einen Planungsbericht festhalten.

Erich Tschümperlin opponiert ebenfalls dem Antrag. Das ganze macht nur Sinn, wenn man alles miteinander macht und man kann dies auch nicht einfach auseinander nehmen. Da kann man nur zum Ganzen ja oder nein sagen und nicht nur zu der einen Hälfte.

Laut Anita Burkhardt-Künzler unterstützt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion den Antrag, dass das Ganze auseinander genommen wird. Es wird ja hier nicht darüber abgestimmt, sondern nur zur Kenntnis genommen.

Abstimmung über Antrag Gemeinderat (gemäss B+A) gegenüber Antrag SVP (Einzelabstimmung):

Mit 24:5 Stimmen bei einer Enthaltung wird der Antrag der SVP angenommen.

Berger, Rita	SVP: Einzelabstimmung
Bienz, Bruno	GR: gemäss B+A
Bienz, Viktor	SVP: Einzelabstimmung
Büchi, Cla	SVP: Einzelabstimmung
Burkhardt-Künzler, Anita	SVP: Einzelabstimmung
Camenisch, Rätö	SVP: Einzelabstimmung
Ercolani, Enrico	SVP: Einzelabstimmung
Erni, Roger	SVP: Einzelabstimmung
Fässler, Peter	SVP: Einzelabstimmung
Fluder, Hans	SVP: Einzelabstimmung
Graf, Alfons	SVP: Einzelabstimmung
Heiz, Martin	SVP: Einzelabstimmung
Kaufmann-Wolf, Christine	SVP: Einzelabstimmung

Kobi, Tomas	GR: gemäss B+A
Manoharan, Yasikaran	SVP: Einzelabstimmung
Marty, Robert	SVP: Einzelabstimmung
Mathis-Wicki, Judith	SVP: Einzelabstimmung
Niederberger, Raoul	GR: gemäss B+A
Nyfeler, Nicole	SVP: Einzelabstimmung
Piras, Davide	SVP: Einzelabstimmung
Portmann, Peter	SVP: Einzelabstimmung
Rösch, Daniel	SVP: Einzelabstimmung
Schmutz, Manuel	SVP: Einzelabstimmung
Sigg, Leo	GR: gemäss B+A
Spörri, Raphael	Enthaltung
Staub, Katja	SVP: Einzelabstimmung
Tanner, Beat	SVP: Einzelabstimmung
Tschümperlin, Erich	GR: gemäss B+A
Trüb, Paul	SVP: Einzelabstimmung
Urfer, Mario	SVP: Einzelabstimmung

Antrag SVP: Seite 38 – Ablehnende Kenntnisnahme Grundkonzept Verkehr

Erich Tschümperlin opponiert dem Antrag und stellt den Antrag auf zustimmende Kenntnisnahme.

Gemäss Viktor Bienz würde auch die CVP/JCVP/GLP-Fraktion diesen Antrag zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Abstimmung über Antrag Gemeinderat (neutral) gegenüber Antrag SVP (ablehnend) gegenüber Antrag Grüne (zustimmend):

Mit 6:7:17 Stimmen wird der Antrag der Grünen angenommen.

Berger, Rita	GR: gemäss B+A
Bienz, Bruno	Grüne, CVP: Zustimmend
Bienz, Viktor	Grüne, CVP: Zustimmend
Büchi, Cla	Grüne, CVP: Zustimmend
Burkhardt-Künzler, Anita	Grüne, CVP: Zustimmend
Camenisch, Räto	SVP: Ablehnend
Ercolani, Enrico	GR: gemäss B+A
Erni, Roger	GR: gemäss B+A
Fässler, Peter	Grüne, CVP: Zustimmend
Fluder, Hans	SVP: Ablehnend
Graf, Alfons	SVP: Ablehnend
Heiz, Martin	SVP: Ablehnend
Kaufmann-Wolf, Christine	Grüne, CVP: Zustimmend
Kobi, Tomas	Grüne, CVP: Zustimmend
Manoharan, Yasikaran	Grüne, CVP: Zustimmend
Marty, Robert	GR: gemäss B+A
Mathis-Wicki, Judith	Grüne, CVP: Zustimmend
Niederberger, Raoul	Grüne, CVP: Zustimmend
Nyfeler, Nicole	Grüne, CVP: Zustimmend
Piras, Davide	Grüne, CVP: Zustimmend
Portmann, Peter	SVP: Ablehnend
Rösch, Daniel	GR: gemäss B+A
Schmutz, Manuel	Grüne, CVP: Zustimmend
Sigg, Leo	Grüne, CVP: Zustimmend
Spörri, Raphael	Grüne, CVP: Zustimmend
Staub, Katja	SVP: Ablehnend
Tanner, Beat	GR: gemäss B+A
Tschümperlin, Erich	Grüne, CVP: Zustimmend

Trüb, Paul	SVP: Ablehnend
Urfer, Mario	Grüne, CVP: Zustimmung

Antrag CVP/JCVP/GLP: Seite 38 – Zustimmung Kenntnisnahme Vertiefungsgebiet II
Viktor Bienz erläutert, dass die CVP/JCVP/GLP-Fraktion den Antrag stellt, dass man das Vertiefungsgebiet II zustimmend zur Kenntnis nimmt.
Yasikaran Manoharan führt aus, dass sich die SP/JUSO-Fraktion dazu entschlossen hat, den 2. Teil ablehnend zur Kenntnis zu nehmen.

Gemäss Viktor Bienz zieht die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ihren Antrag zurück.

Abstimmung über Antrag Gemeinderat (gemäss B+A) gegenüber Antrag SP (ablehnend):

Mit 22:8 Stimmen wird der Antrag der SP abgelehnt.

Berger, Rita	GR: gemäss B+A
Bienz, Bruno	GR: gemäss B+A
Bienz, Viktor	GR: gemäss B+A
Büchi, Cla	SP: Ablehnend
Burkhardt-Künzler, Anita	GR: gemäss B+A
Camenisch, Rätö	GR: gemäss B+A
Ercolani, Enrico	GR: gemäss B+A
Erni, Roger	GR: gemäss B+A
Fässler, Peter	SP: Ablehnend
Fluder, Hans	GR: gemäss B+A
Graf, Alfons	SP: Ablehnend
Heiz, Martin	GR: gemäss B+A
Kaufmann-Wolf, Christine	GR: gemäss B+A
Kobi, Tomas	GR: gemäss B+A
Manoharan, Yasikaran	SP: Ablehnend
Marty, Robert	GR: gemäss B+A
Mathis-Wicki, Judith	GR: gemäss B+A
Niederberger, Raoul	GR: gemäss B+A
Nyfeler, Nicole	SP: Ablehnend
Piras, Davide	GR: gemäss B+A
Portmann, Peter	GR: gemäss B+A
Rösch, Daniel	GR: gemäss B+A
Schmutz, Manuel	SP: Ablehnend
Sigg, Leo	GR: gemäss B+A
Spörri, Raphael	SP: Ablehnend
Staub, Katja	GR: gemäss B+A
Tanner, Beat	GR: gemäss B+A
Trüb, Paul	GR: gemäss B+A
Tschümperlin, Erich	GR: gemäss B+A
Urfer, Mario	SP: Ablehnend

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. Der Planungsbericht Grundkonzept Verkehr LuzernSüd wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Planungsbericht Vertiefungsgebiet II LuzernSüd wird zur Kenntnis genommen.
3. Folgender Auftrag wird überwiesen:

- *Bei der Projektierung des Bypasses, der die Verkehrssituation im Planungsgebiet LuzernSüd massgeblich beeinflussen wird, ist darauf zu achten, dass bei den Autobahnanschlüssen Luzern-Horw und Luzern Süd/Kriens zwingend flankierende Massnahmen zu treffen sind. So soll insbesondere überlegt werden, wie Ausweichverkehr ab der Ausfahrt Luzern Horw durchs Quartier bei Stau auf der A2 Richtung Norden verhindert werden kann.*
4. *Folgende Bemerkungen werden überwiesen:*
- *Es muss sichergestellt sein, dass der geplante Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs gleichzeitig mit dem Bau der ersten der neuen Siedlungen realisiert wird und beim Bezug der Immobilien wenn möglich verfügbar ist.*
 - *Das Geviert A ist im Grundkonzept Verkehr LuzernSüd ebenfalls einer Gebietseinteilung für die Berechnung des reduzierten Parkplatzbedarfs (Seite 60 des Grundkonzepts Verkehr) zuzuordnen (sinnvollerweise dem Gebiet II).*

6. Bericht und Antrag: Erlass neues Reglement über das Friedhof- und Bestattungswesen der Gemeinde Kriens, 1. Lesung

Nr. 226/16

Thomas Lammer weist darauf hin, dass keine Schlussabstimmung stattfindet, da es sich um die 1. Lesung handelt. Anträge sind möglich.

Gemäss Raphael Spörri wurde in der USK im Allgemeinen das neue Reglement und somit die Entschlackung des Alten begrüsst. Da die Erdbestattungen je länger je mehr rückläufig sind, mussten die Bedürfnisse nach anderen Bestattungsformen geprüft werden. Dieses Bedürfnis konnte mit der Möglichkeit für andere Bestattungsformen im Friedhof und nun eben mit dem vorliegenden Reglement nachgekommen werden. Weitere Regelungen werden in der Verordnung angebracht. Die USK wird dann dieses Geschäft erneut beraten und Bericht erstatten. Die USK ist einstimmig für das Behandeln in erster Lesung. Sind die letzten Ruhestätten für einige noch weit weg, sind andere froh, für ihre verstorbenen Liebsten einen Platz gefunden zu haben, zu dem sie jederzeit zurückkommen können, um zu trauern. Es soll Sorge zu diesem Platz der Ruhe und des Friedens getragen werden.

In der FGK war das Eintreten auf dieses Geschäft laut Erich Tschümperlin unbestritten. Die meisten Fraktionen sind der Ansicht, dass das Reglement zeitgemäss ist und auf neue Bedürfnisse, wie z.B. die Baumgrabanlage eingegangen wurde. Die Verschlinkung des Reglements wurde von den Meisten positiv aufgenommen. Andererseits wurde darauf hingewiesen, dass damit auch Kompetenzen zum Gemeinderat verschoben werden, weil nun einige Punkte neu in der Verordnung geregelt sind. Man war sich einig, dass die Verordnung bis zur 2. Lesung vorliegen muss, was ja im B+A auch festgehalten ist. Positiv erwähnt wurde auch die breite Vernehmlassung. Einmal mehr zeigt sich, dass sich der partizipative Weg auszahlt und die Akzeptanz fördert. Ferner wurden unter anderem folgende Punkte diskutiert:

- Weshalb wurde kein Waldfriedhof vorgesehen? Gründe und die rechtlichen Aspekte dazu werden hoffentlich heute erläutert.
- Braucht es Hinweise für andere Religionen? Offenbar gibt es Religionen, die eine Bestattung ohne Sarg fordern, ewige Grabesruhe oder eine bestimmte geographische Ausrichtung verlangen. Eventuell wäre auch ein Hinweis auf das Angebot im Friedental hilfreich.

- Der Antrag der Grünen auf eine kostenlose Bestattungsart wurde diskutiert, ohne dass die FGK dazu Stellung genommen hat.
- Es wurde sogar diskutiert, ob schutzwürdige Grabmäler vorhanden sind, die von der Grabräumung betroffen sein könnten. Es war jedoch niemandem bekannt, dass dies der Fall sein könnte.
- Auch die Frage, ob die Baumgrabanlage bereits jetzt benützt werden kann, obwohl das Reglement ja noch nicht in Kraft ist, wurde diskutiert. Auch hier erwartet man heute eine Antwort.

Nach einer unerwartet intensiven Diskussion hat die FGK diesen B+A positiv zur Kenntnis genommen.

Laut Anita Burkhardt-Künzler ist die CVP/JCVP/GLP-Fraktion für Eintreten. Es ist wichtig und richtig, dass dieses Reglement an die aktuellen Bedürfnisse im Bestattungswesen angepasst und gestrafft wurde. Sie beantragt zwei Ergänzungen, welche aufgenommen werden sollen. So sollen die Dauer der Konzessionen für Privatgrabstätten und Urnennischen bereits im Reglement geregelt werden und nicht nur in der Verordnung. Ebenso ist Art. 9 betreffend Grabbelegung viel zu eng gefasst und sollte deshalb ebenfalls umformuliert werden. Begrüssenswert ist ihres Erachtens ebenfalls, dass die vorliegende Fassung keine Wiederholung des kantonalen Rechts darstellt. Die neuen Bestattungsmöglichkeiten auf dem Friedhof Anderallmend mit der Baumgrabanlage und die Grünflächenanlage sind ihres Erachtens zeitgemäss und ästhetisch hochwertig umgesetzt worden. Somit besteht die Möglichkeit auch auf unterschiedliche Bestattungswünsche einzugehen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion hat auch über einen Waldfriedhof diskutiert. Doch versteht sie das Anliegen des Gemeinderates die Bestattungen auf die bereits vorhandenen zwei Friedhöfe zu beschränken und nicht noch weitere Standorte zu eröffnen. In diesem Sinne dankt sie dem Gemeinderat für die Erarbeitung dieses neuen Reglements und beantragt die Überweisung der beiden Anträge der CVP/JCVP/GLP-Fraktion.

Die SVP-Fraktion ist gemäss Peter Portmann für Eintreten und ist grundsätzlich mit dem neuen Reglement über das Friedhof- und Bestattungswesen einverstanden. Dem Antrag der CVP/JCVP/GLP-Fraktion wird sie zustimmen. Den Antrag der Grünen betreffend Bestattung von Mitgliedern anderer Religionen lehnt sie ab. Der Grund ist, dass Muslime auf Erdbestattung und auf ewige Grabesruhe bestehen. Bei allen anderen Weltreligionen sind Feuerbestattungen möglich und somit auch für die Krienser Friedhöfe kein Problem.

Die FDP-Fraktion tritt laut Beat Tanner auf den B+A Erlass neues Reglement über das Friedhofs- und Bestattungswesen der Gemeinde Kriens ein. Der vorliegende B+A sowie die beantragten Änderungen widerspiegeln die Realität und sind zeitgemäss. Mit der Baumanlage und dem Grünflächengrab zieht man mit der Nachfrage mit, was Sinn macht. Dass das Reglement verschlankt wird, wird von ihr begrüsst. Den Anträgen der Grünen wird die FDP-Fraktion nicht zustimmen. Über die Gebühren wird man sich in der zweiten Lesung unterhalten. Es macht keinen Sinn unabhängig davon schon Entscheidungen vorzuziehen. Gräber für Musliminnen und Muslime oder andere Glaubensträger bietet die Stadt Luzern an. Es macht keinen Sinn in Kriens ein zusätzliches Angebot zu schaffen. Die Gemeinde Kriens könnte mit der Stadt Luzern einen Vertrag eingehen. Die Anträge der CVP/JCVP/GLP-Fraktion lehnt die FDP-Fraktion ebenfalls ab. Die Konzessionsdauer ist in der Verordnung zu regeln, analog wie es auch die Stadt Luzern gemacht hat.

Mario Urfer führt aus, dass bei der SP/JUSO-Fraktion das Eintreten unbestritten ist. Die Werte im Leben, wie im Sterben haben sich geändert, so auch die Beisetzung von verstorbenen Menschen. Die Zahlen im B+A zeigen es deutlich, dass es nur noch einzelne Erdbestattungen

gibt. 95 % der Verstorbenen werden kremiert. Der Gemeinderat handelte zeitgemäss, dass er mit Involvierten, wie kirchliche Vertretern, Bestattungsunternehmen und Pro Senectute die neuen Bedürfnisse von Bestattungen abklärte. Mit der Baumgrabanlage und dem Grünflächengrab wird er den neuen Bedürfnissen gerecht. Das infolge dessen das Reglement an die neuen Gegebenheiten angepasst und verschlankt wird, ist aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion richtig. Das Reglement soll klar und verständlich für die Angehörigen von Verstorbenen sein. Der Antrag der Grünen zu Art. 14 soll noch konkretisiert werden. Der Antrag mit dem Umgang anderer Religionen ist zu prüfen.

Die Grüne/JG-Fraktion ist gemäss Bruno Bienz auch für Eintreten. Mit dem vorliegenden Reglement über das Friedhof- und Bestattungswesen bringt der Gemeinderat eine sehr schlanke Version in den Einwohnerrat. Ihrer Meinung nach fehlen schon noch ein paar Punkte. Schade findet die Grüne/JG-Fraktion, dass die neue Verordnung noch nicht vorliegt. Diese beiden Papiere gehören eigentlich zusammen. So kann nicht klar festgestellt werden, ob alle wichtigen Punkte auch behandelt werden. So fehlen Aussagen über Arten der Bestattungen: Kirchliche, sowie Bestattung ohne Mitwirkung kirchlicher Organe. Positiv zur Kenntnis nimmt sie, dass der Gemeinderat sich mit neuen möglichen Bestattungsarten auseinandergesetzt hat. Sehr positiv sind die beiden neuen Bestattungsmöglichkeiten Baumgrab und Grünflächengrab. Diese Möglichkeiten treffen sicher den Zeitgeist. Enttäuscht ist die Grüne/JG-Fraktion über die Antwort des Gemeinderates betreff Waldfriedhof. Hier hat er wahrscheinlich nicht so stark geprüft. Waldrechtliche Gründe sind nicht gerade das schlagende Argument. Wie ist es denn sonst möglich, dass in anderen Gemeinden solche Waldfriedhöfe bereits existieren? Ein Beispiel sind die Friedwälder: Der einzelne Baum wird nicht eingetragen, sondern die ganze Parzelle. Mit dem Grundeigentümer, das kann z.B. eine Privatperson, eine Bürgergemeinde oder eine Waldkorporation sein, wird ein Nutzungs- und Dienstbarkeitsvertrag erstellt und im Grundbuch eingetragen. So ist ein Friedwald ab Eröffnung bis zu 99 Jahre geschützt. Solche Friedwälder gibt es bereits in Ebikon, Neudorf, Nottwil, Oberschongau usw. Vielleicht gibt es in Kriens ein anderer Waldbesitzer als die Gemeinde, der diese Idee auch umsetzt. Auch fehlen der Grüne/JG-Fraktion Aussagen über andere Punkte. Bruno Bienz möchte wissen, ob das Bedürfnis oder Möglichkeiten für Beerdigungsmöglichkeiten für andere Religionen abgeklärt wurden. Darüber hat er im B+A nichts gelesen. Es geht ihm nicht darum, dass es wirklich umgesetzt wird, sondern nur ob es überprüft wurde. Der zweite Antrag bezieht sich auf die bestehende Regelung, dass den Einwohnerinnen und Einwohnern von Kriens für eine Bestattungsart die Anlagebenutzung kostenlos ermöglicht wird. Diese ist laut Vollzugs- und Gebührenordnung das Gemeinschaftsgrab mit der Beisetzung der Asche. Die Grüne/JG-Fraktion ist klar der Meinung, dass dies beibehalten werden soll. Es muss ihrer Meinung nach auch im Reglement vermerkt sein, da dies ein politischer Entscheid ist und der Einwohnerrat darüber befinden soll. Hat sich der Gemeinderat auch Gedanken über ein Grabfeld für Sternenkinder oder Schmetterlingskinder gemacht? Das sind ungeborene Kinder, die vor der vollendeten 22. Schwangerschaftswoche sterben und weniger als 500 Gramm wiegen. Diese sind in der Schweiz nicht meldepflichtig und haben kein Anrecht auf eine Beerdigung. Solche Sternenkinder können in der Regel nicht kremiert werden, weil sie zu klein sind. Deshalb sollte den betroffenen Eltern eine würdige Möglichkeit geboten werden, um diese Trauer verarbeiten zu können. Der Sprechende möchte hier den Gemeinderat auffordern, sich zur zweiten Lesung mit dieser Thematik zu befassen und allenfalls eine Lösung zu planen. Die beiden Anträge der CVP/JCVP/GLP-Fraktion wird die Grüne/JG-Fraktion unterstützen. Sie ist für Eintreten und unterstützt den Gemeinderat in seinem Anliegen, ein schlankes Reglement zu schaffen. Aber das Ja zu diesem Reglement in der zweiten Lesung hängt sicher auch an den angesprochenen Punkte sowie der Verordnung

Thomas Lammer begrüsst die inzwischen eingetroffene Sachverständige Ruth Niederberger.

Cyrril Wiget bedankt sich für das Wohlwollen gegenüber der Idee ein schlankes Reglement zu erstellen, welches viel über eine flexible Verordnung löst. Dass die Verordnung noch nicht vorliegt ist wohlüberlegt und kein Mangel an Vorbereitung. Der Gemeinderat wollte zuerst wissen, ob die Grundsätze und die Grundideen vom Einwohnerrat in der 1. Lesung mitgetragen werden. In der 2. Lesung wird diese Verordnung vorliegen. Diese zwei Bereiche wurden mit Absicht auseinander genommen. Zur Freude des Gemeinderates ist die Pflanzung der Birken im Parlament gut angekommen. Dieses Projekt ist sehr schön herausgekommen. Es hat vielleicht auch etwas damit zu tun, dass das Projekt Waldfriedhof nicht mehr ganz so intensiv weiterverfolgt wurde. Es gibt verschiedene Gründe. Mitunter hat man durch die vorliegende Differenzierung empfunden, dass es verschiedene Angebote gibt, welche befriedigend sind. Die SVP-Fraktion wirft dem Gemeinderat vor er handle zu grün und die Grüne/JG-Fraktion findet der Gemeinderat nehme dummerweise das Waldrecht ernst. Im Wald ist es schwierig Wege und Signalisationen zu machen. Selbstverständlich gibt es das in der Schweiz bereits und man kann so etwas auch relativ weit weg vom Friedhof in einem Waldstück machen. Es bleibt die Frage offen, ob das überhaupt der richtige Weg ist. Man hat momentan vielleicht noch den Eindruck, man benutzt diesen Friedhof dann fleissig. Jedoch wird der Friedhof vor allem von älteren Leuten besucht. Für ältere Leute ist ein weiter Weg zum Friedhof eher wieder komplizierter. Deshalb hat der Gemeinderat das Gefühl, dass etwas das einem Waldfriedhof nahe kommt hier in der Nähe zu machen der richtige Weg ist. Nun ist noch die Frage betreffen der Muslime offen. Der Gemeinderat hat bereits 2006 eine Klärung vorgenommen. Damals ist die Initiative von der Stadt Luzern ausgegangen, weil diese die Ausrichtung der verstorbenen Muslimen bereits für die ganze Region regeln wollte. Die Stadt sagt, es ist sonst zu kompliziert, zu aufwändig und auch zu teuer, wenn das jede einzelne Gemeinde selber macht. Man hat sich in einem Vertrag darauf geeinigt, dass alle Gemeinden etwas daran zahlen. Die Muslime tragen die Kosten dann schlussendlich selber. Deshalb fallen für die Gemeinde keine Kosten mehr an. Die Gemeinde Kriens hat ihren Anteil von Fr. 24'000.00 damals bezahlt. Damit war diese Sache in Ordnung. In den Protokollen kann man nachlesen, dass für andere Religionsgemeinschaften diese Frage bis jetzt nicht gestellt wurde. Die jüdische Glaubensgemeinschaft hat eine Lösung für sich gefunden. Man kann davon ausgehen, dass momentan keine Bedürfnisse unbefriedigt sind. Ob das Bedürfnis allenfalls für Kleinkinder vorhanden ist, weiss Cyrril Wiget nicht. Die Sachverständige Ruth Niederberger wird darüber Auskunft geben.

Ruth Niederberger bestätigt, dass noch keine Abklärung betreffend Schmetterlingskinder gemacht wurde. Sie nimmt diesen Vorschlag jedoch gerne auf und wird Abklärungen für die nächste Sitzung treffen. Sie erwähnt die Kindergräber auf dem Friedhof Gallus, wo auch die Frühgeburten beigesetzt werden. Bis jetzt war die Nachfrage nach einer anderen Form der Bestattung noch nie gestellt worden.

Detailberatung

Reglement

Antrag CVP/JCVP/GLP: Art. 7 – Konzession für Privatgrabstätten und Urnennischen
Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion möchte gemäss Anita Burkhardt-Künzler den Artikel wie folgt ändern: *Die Konzessionsdauer beträgt für Erdbestattungs- Familiengräber 40 Jahre, für Plattengräber 30 Jahre, für Familienurnengräber 30 Jahre und für Urnennischen 20 Jahre.* Die Konzessionsdauer ist analog dem alten Reglement gemäss Art. 20 Abs. 3 zu übernehmen und ist zwingend im Reglement und nicht nur in der Verordnung aufzuführen. Zudem würde dieser Artikel weiter im Einflussbereich des Einwohnerrates bleiben.

Gemäss Beat Tanner opponiert die FDP-Fraktion dem Antrag. Das ganze wollte man doch entschlacken. Die FDP-Fraktion ist der Meinung das gehört in die Verordnung, damit man flexibler ist.

Martin Heiz weiss nicht, ob dies am richtigen Ort steht. Privat-Grabstätten sind ja Privat. Es wird jedoch von Familiengräber respektive Plattengräber gesprochen. Ist es nun eine Privatgrabstätte oder nicht? In Art. 8 ist die Grabesruhe eigentlich geregelt. Die Frage ist, ob es sich beisst, oder das eine in das andere gehört. Oder wird hier eine gewisse Vermischung gemacht? Urnennischen sind unter Umständen kein Privatgrab.

Anita Burkhardt-Künzler weist auf Art. 6 hin. Darin steht, dass Privatgräber bei Erdbestattungen Einzel-, Familien- und Plattengräber bei den Friedhöfen Anderallmend und Galluskirche sind. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist der Meinung das gehört in diesen Artikel. Urnennischen sind vielleicht noch abzuklären.

Gemäss Cyrell Wiget ist der Gemeinderat gleicher Meinung wie die FDP-Fraktion. Das Bedürfnis ist, dass man die Dauer eher kürzer wünscht. Es kann dann immer noch verlängert werden, wenn dies gewünscht wird. Dieser Artikel soll weiterhin in der Verordnung geführt werden, damit man flexibler ist.

Ruth Niederberger erklärt, dass man früher immer ein Grab für 40 Jahre kaufen musste. Das ist heute nicht mehr so aktuell. Familiengrab ist nicht mehr so ein aktuelles Wort. Denn vielfach geht eine Person in ein grosses Grab und der Rest der Familie wird mit Urnen beigesetzt. Konzessionen kann man 20 Jahre kaufen. Es besteht die Möglichkeit weitere Jahre dazu zu kaufen, falls das Bedürfnis vorhanden ist. Die Grabesruhe muss zwingend eingehalten werden. Diese Vorgaben sind vom Kanton gegeben. So können dann flexibel nach oben Konzessionen gelöst werden.

Abstimmung über Antrag Gemeinderat (gemäss B+A) gegenüber Antrag CVP/JCVP/GLP (gemäss altem Reglement):

Mit 21:9 Stimmen bei einer Enthaltung wird der Antrag des Gemeinderates angenommen.

Berger, Rita	GR: gemäss B+A
Bienz, Bruno	Enthaltung
Bienz, Viktor	CVP: gemäss altem Reglement
Büchi, Cla	GR: gemäss B+A
Burkhardt-Künzler, Anita	CVP: gemäss altem Reglement
Camenisch, Rätö	CVP: gemäss altem Reglement
Ercolani, Enrico	GR: gemäss B+A
Erni, Roger	GR: gemäss B+A
Fässler, Peter	GR: gemäss B+A
Fluder, Hans	GR: gemäss B+A
Graber, Kathrin	CVP: gemäss altem Reglement
Graf, Alfons	GR: gemäss B+A
Heiz, Martin	GR: gemäss B+A
Kaufmann-Wolf, Christine	CVP: gemäss altem Reglement
Kobi, Tomas	GR: gemäss B+A
Manoharan, Yasikaran	GR: gemäss B+A
Marty, Robert	GR: gemäss B+A
Mathis-Wicki, Judith	CVP: gemäss altem Reglement
Niederberger, Raoul	GR: gemäss B+A
Nyfeler, Nicole	GR: gemäss B+A

Piras, Davide	CVP: gemäss altem Reglement
Portmann, Peter	CVP: gemäss altem Reglement
Rösch, Daniel	GR: gemäss B+A
Schmutz, Manuel	GR: gemäss B+A
Sigg, Leo	CVP: gemäss altem Reglement
Spörri, Raphael	GR: gemäss B+A
Staub, Katja	GR: gemäss B+A
Tanner, Beat	GR: gemäss B+A
Trüb, Paul	GR: gemäss B+A
Tschümperlin, Erich	GR: gemäss B+A
Urfer, Mario	GR: gemäss B+A

Kathrin Graber möchte, dass der Art. 7 betreffend der Konzessionen der Urnennischen auf die 2. Lesung nochmals angeschaut wird. Diese hatten bis jetzt auch Konzessionen.

Laut Guido Solari müssen in der 2. Lesung die zusätzlichen Bestattungsmöglichkeiten im Birkenwald und die Plattengräber nochmals angeschaut werden. Momentan legt der Gemeinderat das noch fest. Wenn der Einwohnerrat Einflussbereich möchte, dann müsste man das anschauen. In der 2. Lesung wird auch die Verordnung vorliegen, worin man sieht was der Gemeinderat vorgesehen hat.

Antrag CVP/JCVP/GLP: Art. 9 – Grabbelegung

Anita Burkhardt-Künzler stellt im Namen der CVP/JCVP/GLP-Fraktion den Antrag den Artikel wie folgt zu ändern: *In Erdbestattungsgräbern kann während der Dauer der Grabesruhe nur eine Erdbestattung stattfinden, zusätzliche Urnenbeisetzungen sind möglich.* Gemäss der neuen Regelung wäre in Erdbestattungsgräbern, worunter auch Privatgräber und Familiengräber fallen, nur ein Sarg möglich. Der Artikel ist daher zu eng gefasst. Es sollten die bisherigen Möglichkeiten aufrecht erhalten bleiben. Daher soll es weiterhin möglich sein, in Erdbestattungsgräbern eine Urne beizusetzen.

Der Gemeinderat nimmt laut Cyрил Wiget den Antrag so entgegen. Es war nicht die Absicht hier etwas zu ändern. Man möchte so weiterfahren, wie es bis dato. Der Artikel wird so formuliert, dass es wieder gesichert ist.

Martin Heiz hat eine Verständigungsfrage. Zu der Grabbelegung gehören auch die Familiengräber. Zum Teil sind diese relativ gross. Warum kann nur ein Sarg hineingetan werden, wenn man für mehr Platz hat?

Gemäss Ruth Niederberger ist pro Platz immer ein Sarg gedacht. Dies wird aus pietäts- und gesundheitsgesetzlichen Gründen so gemacht. Es dürfen nicht zwei Säрге aufeinander getan werden dürfen. Bei Urnen ist es kein Problem, da kann man unzählige Urnen rein tun. Familiengräber sind verschieden. Es gibt solche mit einem Platz, zwei oder drei Plätzen. Pro Platz ist für 20 Jahre nur ein Sarg zugelassen.

Thomas Lammer stellt fest, dass dem Antrag nicht opponiert wurde und somit überwiesen ist.

Antrag Grüne/JG: Art. 14 – Gebühren Dienstleistungen und Benutzung Infrastruktur

Die Grüne/JG-Fraktion möchte gemäss Bruno Bienz einen neuen Absatz bei Art. 14 ergänzen: *Den Einwohnerinnen und Einwohnern wird für eine Bestattungsart die Anlagebenutzung kostenlos ermöglicht.* Dieser Absatz war schon im alten Reglement. Dies ist ihrer Meinung nach ein politischer Entscheid. Daher sollte der Einwohnerrat auch darüber entscheiden können.

Die FDP-Fraktion möchte gemäss Beat Tanner auch darüber diskutieren. Aber erst wenn der ganze Fächer der Gebühren besprochen wird und nicht im vornherein schon.

Cyrril Wiget meint, dass dieser Artikel nicht so gut formuliert wurde. Es kann so formuliert werden, wie es die Grüne/JG-Fraktion fordert. In der 2. Lesung kann selbstverständlich nochmals darüber diskutiert werden. Der Gemeinderat hatte keine Absicht hier etwas anderes zu machen.

Abstimmung über Antrag Gemeinderat (gemäss B+A) gegenüber Antrag Grüne/JG (Ergänzung):

Mit 18:12 Stimmen bei einer Enthaltung wird der Antrag der Grüne/JG angenommen.

Berger, Rita	GR: gemäss B+A
Bienz, Bruno	Grüne: Ergänzung
Bienz, Viktor	Grüne: Ergänzung
Büchi, Cla	Grüne: Ergänzung
Burkhardt-Künzler, Anita	Grüne: Ergänzung
Camenisch, Rätö	Grüne: Ergänzung
Ercolani, Enrico	GR: gemäss B+A
Erni, Roger	GR: gemäss B+A
Fässler, Peter	Grüne: Ergänzung
Fluder, Hans	GR: gemäss B+A
Graber, Kathrin	Grüne: Ergänzung
Graf, Alfons	GR: gemäss B+A
Heiz, Martin	GR: gemäss B+A
Kaufmann-Wolf, Christine	Grüne: Ergänzung
Kobi, Tomas	Grüne: Ergänzung
Manoharan, Yasikaran	Grüne: Ergänzung
Marty, Robert	GR: gemäss B+A
Mathis-Wicki, Judith	Grüne: Ergänzung
Niederberger, Raoul	Grüne: Ergänzung
Nyfeler, Nicole	Grüne: Ergänzung
Piras, Davide	Grüne: Ergänzung
Portmann, Peter	GR: gemäss B+A
Rösch, Daniel	GR: gemäss B+A
Schmutz, Manuel	Grüne: Ergänzung
Sigg, Leo	Grüne: Ergänzung
Spörri, Raphael	Enthaltung
Staub, Katja	GR: gemäss B+A
Tanner, Beat	GR: gemäss B+A
Trüb, Paul	GR: gemäss B+A
Tschümperlin, Erich	Grüne: Ergänzung
Urfer, Mario	Grüne: Ergänzung

Art. 13 – Aufhebung der Grabstätten nach Ablauf der gesetzlichen Ruhefrist und der Grabkonzession

Enrico Ercolani findet die Baumgräber schön. Leider gibt es viele unschöne Gräber, welche geräumt wurden. Dort wird nichts gemacht und es sieht aus wie auf einem Schlachtfeld. Wenn ein Grab abgeräumt wird, sollte man es so gestalten, dass Leute, welche ein aktives Grab haben auch eine etwas schönere Umgebung zu sehen bekommen.

Bruno Bienz zieht den Antrag betreffend Muslime zurück.

Davide Piras meint, obwohl die Anlagen schon bereit sind, gab es keine Eröffnung mit der Kirche. Müssen die Einwohner von Kriens warten bis die 2. Lesung durch ist, bis man die Anlage benutzen kann?

Gemäss Cyrell Wiget geht das nicht so schnell. Das weitere Vorgehen wird in der 2. Lesung besprochen.

Nachdem es sich um die 1. Lesung handelt, findet keine Schlussabstimmung statt.

7. Bericht Postulat Piras: Energietag 2015: Gemeinsam durch die Energiewende Nr. 149/14

Laut Thomas Lammer ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Gemäss Davide Piras trägt die Gemeinde Kriens seit 1997 das Energie Label Energiestadt. Kriens handelt bereits in vielen Energiebereichen konkret und strahlt eine bewusste Energie- und Umweltpolitik aus. Doch gerade das energetische Wirken der Gemeinde erreichte aus seiner Sicht nicht alle Winkel der Gemeinde. Aus diesem Grund ist vor ca. einem Jahr die Idee eines Energietages entstanden. Der Sprechende erhoffte sich durch den Energietag ein offener Dialog zwischen Gemeinde und Bevölkerung wie beispielsweise die Sensibilisierung für den persönlichen Energieverbrauch oder wie man mit cleveren Energietipps, nicht nur Strom, sondern was viel wichtiger in der heutigen Zeit ist, auch Haushaltsgeld sparen kann. Am Samstag 24. Oktober 2015 fand der Energyday im Singsaal des Schulhauses Meiersmatt statt. Schweizweit haben sich 27 weitere Gemeinden beteiligt. Die interaktive Ausstellung RessourCITY zeigte sich als spannende Ausstellung für die total 24 Schulklassen, welche die Ausstellung während der Schulzeit besuchen konnten. Die hohe Besucherzahl hat ihn gefreut und ist lobenswert. Sie zeigt auf, dass auch die Lehrerinnen und Lehrer die Schüler mit dem Thema Energie konfrontieren. Weniger erfreulich war die Besucherzahl am Samstag. Was kann der Grund sein? War es der Ort? Wäre der Dorfplatz effektiver gewesen? War der sonstige Tag schuld? Davide Piras möchte sich für den Einsatz der Abteilung Umwelt und Energie bedanken. Sie haben den Energietag mit viel Einsatz durchgeführt. Das Thema Energie wird die Bevölkerung in den nächsten Jahren noch viel weiter beschäftigen. Sei es bei einer Stromknappheit wie letzte Weihnachten oder die laufende Stromliberalisierung. Strom kommt nicht einfach aus der Steckdose. Er wird in Zukunft zu einer noch wertvolleren Ressource. Der entscheidende Punkt wird sein, wie der Strom produziert wird. Der Sprechende teilt die Meinung des Gemeinderates, dass nicht jedes Jahr ein Energietag durchgeführt werden muss. Er

würde sich jedoch freuen, wenn die positiven Erfahrungen mit der Volksschule weiterverfolgt werden. Wer weiss, vielleicht geht dem einen oder anderen Schüler wortwörtlich ein Energiespar-Licht im Kopf auf.

Martin Heiz von der SVP-Fraktion beschreibt den Samstag als ein Flop. Von 27'000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind nur zwei Personen und sechs Einwohnerräte gekommen. Dieser wurde noch schlechter besucht, als jeder andere politische Anlass in Kriens. Für den ganzen Aufwand ist leider nichts herausgekommen. Man müsste übers Konzept nachdenken. Es kann auch in Auftrag gegeben werden, dass die Schulen besucht werden. Die Schüler sind sicher auch nicht freiwillig dorthin gegangen.

Auch die SP/JUSO-Fraktion erachtet es gemäss Raphael Spörri als Flop. Trotzdem gab es viele Schüler, die den Energyday besuchen konnten. Das hat sicher einen positiven Effekt. Ganz vergessen darf man nicht, dass Energie und der Klimawandel ein Thema ist. Da muss man unbedingt dran bleiben. Die SP/JUSO-Fraktion empfiehlt der Strategie des Gemeinderates zu folgen und weiterhin die Bevölkerung auch ohne Energyday regelmässig über Energiethemen zu informieren. Auch für interessierte Bauwillige steht permanent eine kostenlose Energieberatung durch Fachleute bereit. Doch eine Wiederholung des Energydays zu einem späteren Zeitpunkt will auch die SP/JUSO-Fraktion nicht ausschliessen.

Gemäss Cyrrill Wiget ist es die Realität, dass man etwas probiert und das eine oder andere dann nicht funktioniert. Es gab bereits schon Energietage auf dem Sonnenberg, welche von 600 Leuten besucht wurden. Man soll jetzt aber nicht die Arme verschränken und nichts mehr machen. Es ist aber halt immer auch eine Frage der Ressourcen.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

8. Bericht Postulat Piras: Easyvote – Mehr Jugendliche an die Urne Nr. 153/15

Laut Thomas Lammer ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Davide Piras erläutert, dass sich bei den letzten Wahlen und Abstimmungen immer ein ähnliches Bild abgezeichnet hat: Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 18-25 Jahren beteiligen sich weniger stark an Wahlen und Abstimmungen. Dafür gibt es verschiedene Gründe, jedoch erscheint bei Umfragen ein bestimmter Grund immer wieder. Abstimmungsunterlagen sind kompliziert geschrieben, schwer verständlich und nicht jugendgerecht verfasst. Eine solche Entwicklung ist ein Genickbrecher der Schweizer Demokratie. Denn ein politisches Interesse bildet das Fundament vom direkt-demokratischen System. Um in Kriens dem politik-chinesisch der Wahlbroschüre entgegenzuwirken hat der Sprechende die Einführung der easyvote Abstimmungshilfe gefordert. Sie soll den Anteil der jüngsten Stimmberechtigten erhöhen und den Turnover bei der tiefen Abstimmungsquote bringen. Die Jugendkommission und der Gemeinderat haben den Handlungsbedarf auch erkannt und dies sehr positiv in diesem Bericht aufgezeigt. Davide Piras unterstützt die Grundhaltung „Jede Massnahme, welche die politische Partizipation fördert, ist zu begrüssen.“ Aber fördert Easyvote das Abstimmungsverhalten der Jugendlichen? Es gibt nun mehrere Studien die dies nun klar aufzeigen.

Z.B. in der Gemeinde Egolzwil wurde letzten November 2015 eine Umfrage durchgeführt. Die Resultate sprechen für sich. Easyvote hat das politische Interesse geweckt und wird neben der Familientisch-Diskussion als zweit wichtigste Informationsquelle erwähnt. Interessant ist, dass die Jugendlichen weiterhin die gedruckte Version wünschen. Social Media, Online-Info, Tageszeitungen und die offiziellen Wahlunterlagen liegen als Informationsquelle weit zurück. Eine weitere Evaluation hat der Dachverband Schweizer Jugendparlamente durchgeführt. Auch dieser kann eindeutig entnommen werden, dass das Verhältnis resp. die Einstellung zur Politik sich mit der Abstimmungshilfe verbessert hat. Beide Studien zeigen auf, dass Easyvote wirkt. Es freut den Sprechenden, dass der Gemeinderat die Empfehlung der Jugendkommission teilt und der Verteilradius auf bis 25-Jährige erweitert. Easyvote ist nicht eine Konsumausgabe, sondern eine besonders wichtige Investition in die Demokratie und in die Jugend von Kriens.

Cyrill Wiget weist darauf hin, dass man im Nachhinein herausgefunden hat, dass der Kanton knapp die Hälfte des Betrages übernimmt.

Die FDP-Fraktion lehnt gemäss Daniel Rösch das Postulat ab, da sie der Meinung ist, dass die Kosten und Nutzen in Anbetracht der aktuellen Finanzsituation nicht übereinstimmen. Der Postulant erhofft sich durch das Versenden von Easyvote-Abstimmungshilfen eine höhere Stimmbeteiligung der jungen Stimmberechtigten. Sie bezweifelt jedoch, dass ein zusätzlicher Brief in der Post den erhofften Effekt mit sich bringt. Wie Christine Kaufmann-Wolf bereits an der letzten Einwohnerratssitzung festgestellt hat, sind schon länger keine Schulklassen mehr bei einer Einwohnerratssitzung mit dabei gewesen. An der Schule sollte Politik entsprechend thematisiert und auch gefördert werden. Junge Stimmberechtigte haben heute schon Zugang zu einem vielfältigen Informationsangebot zu Wahlen und aktuellen Abstimmungen. Das Internet ist auch für viele junge Leute die primäre Informationsquelle und daher wäre das Versenden von Broschüren per Post ein Widerspruch an sich. Sind doch heute schon in den Abstimmungsunterlagen jeweils kurze und verständliche Zusammenfassungen zu der jeweiligen Abstimmungsvorlage enthalten. Die Gemeinde Kriens hat mit der neuen Website ein übersichtlicheres und visuell ansprechenderes Informationsportal geschaffen. Auch auf Facebook ist die Gemeinde nun neu mit einer eigenen Seite vertreten. Die FDP-Fraktion erhofft sich, dass diese Seite entsprechend unterhalten und die Bevölkerung über politische Themen auf dem Laufenden gehalten wird. Dies hätte aus ihrer Sicht einen nachhaltigeren Effekt, da die Gemeinde direkt mit den Stimmberechtigten kommunizieren kann.

Die SP/JUSO-Fraktion ist gemäss Manuel Schmutz der Meinung, dass jede Massnahme ergriffen werden soll, um die Stimmbeteiligung in der Gemeinde zu erhöhen. Es wurde etwas kontrovers über die Möglichkeit der Onlinewahlhilfe Smartvote diskutiert, da einige Mitglieder diese Variante der Hilfe als höher erachten als diese von Easyvote. Es ist schwierig einen möglichen Effekt zu messen.

Die Grüne/JG-Fraktion findet dies gemäss Bruno Bienz eine gute Sache. Man sollte jede Massnahme ergreifen, welche junge Stimmbürger an die Urne bringen.

Christine Kaufmann-Wolf erläutert, dass die schlechte Wahlbeteiligung ein aktuelles Thema ist. Easyvote fördert das politische Interesse bei den Jugendlichen. Die Erfahrung zeigt, wer zwischen 18 und 25 Jahren jung ist und nicht an die Urne geht, der wird auch später nicht gehen. Die Zeiten haben sich geändert. Easyvote ist ein Produkt von Jugendlichen für Jugendliche. Es ist neutral, einfach und verständlich. Auch bekannte Politiker haben bereits po-

sitive Erfahrungen damit gemacht und stehen hinter diesem Produkt. Es ist ein günstiges jedoch nicht ein billiges Hilfsmittel, um die jungen Menschen zu motivieren an die Urne zu gehen. Der Kanton hat dies auch empfohlen und unterstützt die Gemeinden finanziell dabei. Auch die Jugendkommission hat angeregt, dass man das Alter auf 25 Jahre hochsetzt, da dies junge Erwachsene sind, welche diese Motivation auch noch benötigen können. Die Sprechende ist erstaunt über das Votum von Daniel Rösch. Die Broschüre ist eine ansprechende Broschüre, da sie kurz und prägnant ist. Die Sprechende unterstützt Easyvote sehr.

Räto Camenisch findet es wichtig, dass alle Bevölkerungsgruppen einbezogen werden. In Zukunft werden viele Probleme mit der elektronischen Abstimmung gelöst sein. Jedoch gibt es auch erhebliche Sicherheitsprobleme. Die Jungen sollen lernen das Abstimmungsbüchlein zu lesen. Das ist die Sprache des Gemeinderates, der Initiativkomitees, etc. Deshalb hält er nicht so viel von diesem Projekt. Wenn die elektronische Abstimmung möglich ist, kann man es für die Jugendlichen elektronisch besser erklären.

Davide Piras möchte erklären, dass Easyvote nichts damit zu tun hat, wie man abstimmt, sondern es geht um die Information. Der Sprechende ist über das Votum von Daniel Rösch erschrocken. Nutzen und Wirkung wird in eine Waagschale gelegt. Der Kanton zahlt knapp die Hälfte des Betrages. Man muss nicht nur immer das Geld anschauen, denn es ist eine Investition und keine Konsumausgabe. Die Personen, die Easyvote schreiben sind an einer SQS-Datenschutz Zertifizierung dran. Diese Sachen werden auf höchstem Niveau geschrieben. Es werden kantonale und eidgenössische Abstimmungen beschrieben. Easyvote ist neutral, einfach und sexy. Alle denken die Jungen muss man über Facebook, Twitter, etc. informieren. Jedoch ist es so, dass die Jungen überflutet sind mit dieser ganzen Elektronik. Sie wollen wieder mal etwas Handfestes haben. Die wollen nicht immer die Emails durchschauen oder auf Whatsapp informiert werden. Dies ist bei Umfragen rausgekommen.

Katja Staub erläutert, dass sie in einer Patchwork-Familie mit 7 Jugendlichen zwischen 15 und 23 Jahren wohnt. Die Sprechende möchte Easyvote nicht unterstützen, da sie an die Eigenverantwortung der Jugendlichen appellieren möchte. Die Sprechende erwartet von den Jugendlichen, dass wenn diese mitsprechen möchten, dass diese sich die Unterlagen selber durchlesen und sich selber informieren. In der Schweiz hat man ja schon das Privileg, dass man überhaupt abstimmen und wählen kann.

Rita Berger-Hug möchte Katja Staub beipflichten. Die Sprechende hat ebenfalls Kinder in diesem Alter und diskutiert oft mit den Kindern über politische Themen. Sie findet, dass wenn man politisch interessiert ist, macht man sich die Mühe das Wahlbüchlein durchzulesen und es benötigt dafür keine zusätzliche Plattform.

Davide Piras lädt die Einwohnerratsmitglieder ein, mit ihm anschliessend die Umfragen durchzuschauen. Am Familientisch holt man einen kleinen Teil ab, aber um die Breite zu holen, benötigt es die Broschüre Easyvote, mit welcher man noch weitere Jugendliche abholen kann.

Judith Luthiger-Senn führt aus, dass die Schulen einen Bildungsauftrag im Demokratieverständnis haben. Dies ist in den Lernzielen der Sekundarstufe 1 festgehalten. Weiter wurde der Auftrag erteilt, dass Schulklassen vermehrt bei den Einwohnerratssitzungen mit dabei sind, um zuzuhören und mitzudenken.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

9. Bericht Postulat Aakti: Ticket-System für das Baudepartement Nr. 172/15

Laut Thomas Lammer ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Die SP/JUSO-Fraktion wollte gemäss Yasikaran Manoharan wissen, ob der Gemeinderat Massnahmen ergreift, um die Effizienz innerhalb des Baudepartements zu steigern und ob die Gesuchsteller den aktuellen Stand bezüglich Gesuchen abklären dürfen. Der Gemeinderat hat vor noch nicht allzu langer Zeit eine neue Software eingeführt. Der Gemeinderat erhofft sich mit einer etappenweisen Einführung der Software, dass das Arbeiten effizienter werden soll. Die Fraktion würde nun gerne wissen, wie die Zwischenbilanz ist und sich dies entwickelt hat. Momentan lohnt es sich nicht, lange darüber zu diskutieren.

Erich Tschümperlin hat noch zwei Fragen. Gemäss der Antwort des Gemeinderates, wurde das eBAGE+ eingeführt. Werden nun alle Baugesuche darüber abgewickelt und erfasst? Ebenfalls steht in der Antwort, dass dank dieser Software, Verfahren schneller abgewickelt und bessere Kontrollen durchgeführt werden können. Kann man mit dieser Software auch eine gewisse Statistik oder Kontrolle machen, bei welcher man z.B. die Durchlaufzeit von Baugesuchen sehen kann? Es wäre von Vorteil, wenn man sehen könnte, wie lange diese Fristen sind, da man in der Vergangenheit diese Fristen nicht immer einhalten konnte.

Gemäss Matthias Senn werden die Baugesuche im eBAGE+ erfasst und abgewickelt. Eine Statistik wäre möglich und es ist nachvollziehbar wie lange man für die Baugesuche hat.

Die Baukommission wurde laut Martin Heiz darüber informiert, dass alle Baugesuche über dieses eBAGE+ laufen und so auch ein Kontrollsystem entstanden ist.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

10. Beantwortung Interpellation Graf: Sind falsche Angaben auf Wahlvorschlägen strafbar? Nr. 192/15

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Thomas Lammer fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Alfons Graf wünscht keine Diskussion.

Thomas Lammer stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

11. Postulat Piras: Zentrale Anlaufstelle für die Krienser Vereine Nr. 210/15

Gemäss Thomas Lammer ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Peter Portmann opponiert dem Antrag.

Davide Piras erklärt, dass die Idee einer zentralen Anlaufstelle durch die Beantwortung seiner Interpellation "Werden Krienser Vereine obdachlos?" entstanden ist. Aus der Beantwortung ist zu entnehmen, dass Vereine je nach Anliegen mit dem Baudepartement, dem Bildungsdepartement oder mit dem Umwelt- und Sicherheitsdepartement Kontakt aufnehmen können. Ab dem 1. September 2016 werden als erster Schritt die Vermietung zentral organisiert. Dies geht auch in die Richtung des Vorstosses. Jedoch können die Anliegen eines Vereins verschiedener Natur sein. Es dreht sich lange nicht alles um Vermietungen. Vereine haben eine zentrale Bedeutung in der Gemeinde. Es entstehen immer wieder Berührungspunkte mit der Gemeinde, welche in einer zentralen Anlaufstelle zusammengefasst werden sollen. In der Vergangenheit hat sich der Gemeinderat mit vielen Vereinsanliegen persönlich auseinandergesetzt. Der Sprechende denkt, dass gerade diese Arbeit zusammengefasst werden kann und nicht im zentralen Aufgabengebiet der Gemeinderäte liegen soll. Mit einer zentralen Anlaufstelle werden unnötige Schnittstellen abgebaut und die internen Ablaufprozesse verbessert, was den Vereinen zugutekommt. Die Krienser Vereine leisten jährlich 2.1 Millionen Stunden Arbeit auf freiwilliger Basis. Man sollte Sorge zu ihnen tragen. Sie bilden und fördern das gesellschaftliche Zusammenleben in Kriens. Mit einer zentralen Anlaufstelle vereinfacht man für die Vereine den Kontakt zur Gemeinde. Ihre Anliegen werden zentral, gezielt und effizienter als in der Vergangenheit behandelt. Der Sprechende dankt dem Gemeinderat für den Vorschlag einer Überweisung und ist gespannt, wie die zukünftige Arbeitsweise der Anlaufstelle aussehen wird.

Die SVP-Fraktion ist gemäss Peter Portmann stolz und unterstützt das Engagement der Krienser Vereine. Mit ihren breiten Angeboten bereichern sie das Leben im Dorf in vielfältiger Weise. Informationen über die Krienser Vereine sind auf der Website der Gemeinde Kriens mit einer Vereinsliste sehr gut dokumentiert. Die SVP-Fraktion bedauert die Überweisung des Postulats jedoch aus folgenden Gründen: Wie es jedem bekannt ist, ist die Gemeindeverwaltung zurzeit sehr gut ausgelastet, wenn nicht sogar überlastet. Jetzt noch eine Anlaufstelle für Vereine zu schaffen ist aus Sicht der SVP-Fraktion ein sehr fragliches Projekt. Ausserdem glaubt sie nicht daran, dass so eine Anlaufstelle ohne Personalaufstockung möglich ist. Kürzlich wurde vom Finanzdepartement eine 9-seitige Liste herausgegeben, welche die Sparmassnahmen der letzten Jahre widerspiegelt. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde auf der einen Seite Stellen reduziert und auf der anderen Seite zusätzliche Aufgaben schafft.

Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt gemäss Manuel Schmutz Davide Piras in seinem Bestreben die Kommunikation zwischen Gemeinde und Vereinen zu verbessern. Eine zentrale Anlaufstelle für die Krienser Gemeinde ist wünschenswert. Es scheint jedoch schwierig innerhalb der Verwaltung Leistungen auszubauen ohne Personalressourcen zu erhöhen. Der Gemein-

derat schreibt, dass bereits eine zentrale Anlaufstelle besteht und aus diesem Grunde wartet die SP/JUSO-Fraktion gespannt auf die Beantwortung des Gemeinderates. Sie wird dieses Postulat überweisen.

Laut Bruno Bienz unterstützt die Grüne/JG-Fraktion das Postulat. Jedoch nur wenn der Gemeinderat es darlegen kann, wie er dies machen will. Sie ist der Meinung, dass dies kostenneutral erfolgen soll.

Alfons Graf findet es rührend, wie sich der Postulant bei den Krienser Vereinen beliebt machen will. An der letzten Einwohnerratssitzung hat der gleiche Einwohnerrat den Vorstoss der SVP torpediert. Dies ist nicht glaubwürdig und hat mit Politik nichts zu tun. Der Postulant hat sich schlecht informiert. Der Gemeinderat schreibt in seiner Beantwortung, dass bereits eine Anlaufstelle für die Vereine besteht. Ein Ausbau ohne weitere Personalressourcen kann sich die Gemeinde, trotz Annahme des Budgets, nicht leisten.

Davide Piras berichtet, dass er kein Votum zum Vorstoss der SVP hielt. Für den Sprechenden sind Vereine von zentraler Bedeutung und sehr wichtig. Die Überlastung des Gemeindepersonals versteht der Sprechende. Wenn man die vielen Anfragen aber zentral zusammenfasst, sollte dies mehr zu einer Entlastung werden, was zu einer Effizienzsteigerung führen wird.

Kathrin Graber erläutert, dass die CVP/JVP/GLP-Fraktion diesen Vorstoss auch angeschaut hat und diesen unterstützen wird. Vor allem auch, weil der Postulant schreibt, dass das Zusammenfassen mit bestehenden Ressourcen passieren soll. Die Sprechende geht davon aus, dass wenn man im Umwelt- und Sicherheitsdepartement bei der bestehenden Stelle alles neu organisiert, dass man von diesen Ressourcen ausgehen kann. Die Sprechende ist etwas irritiert über den Tonfall von Alfons Graf. Falls die SVP-Fraktion konsequent ist, wird sie den Vorstoss von Davide Piras unterstützen, da diese Fraktion auch die Vereine stark machen möchte.

Enrico Ercolani, sieht den Vorstoss als einen guten und wichtigen Vorstoss. Dem Sprechenden scheint es richtig zu sein, dass man zentral vorgehen kann, wenn man ein Verein ist. Enrico Ercolani denkt, dass dieser Vorstoss sogar Einsparungen generieren würde. Die FDP-Fraktion unterstützt diesen Vorstoss. Der Sprechende würde sich darüber freuen, wenn der Vorstoss kostenneutral wäre und wenn der Gemeinderat den Einwohnerrat noch über die Einsparungen informieren könnte.

Gemäss Cyrell Wiget steht im Leitbild, dass die Gemeinde die Zusammenarbeit mit den Vereinen unterstützt. Es gibt viele Vereine die grosse Dienste leisten. Im Gemeinderat wurde kurz gezögert, ob dieser Vorstoss entgegen genommen werden soll, da es etwas provozierendes hat. Es heisst, es soll eine Anlaufstelle geschaffen werden, aber diese darf nichts kosten oder soll sogar noch Kostenersparnisse bringen. Alleine mit der Bündelung der Kräfte, was auch die Absicht der Departementsreform ist, schafft man nicht die Voraussetzungen, dass die Bürgerinnen und Bürger Dienstleistungen abholen können, so wie es sich der Postulant vorstellt. Der Gemeinderat wäre aber froh, wenn der Einwohnerrat gegenüber der Verwaltung die Haltung aufbauen könnte, dass es keine Leistung gibt, die nicht in irgendeiner Form mit Ressourcen zu tun hat. In diesem Falle hat der Gemeinderat sich dazu entschieden, dass der Einwohnerrat das Anrecht hat zu erfahren, wie die Departementsreform organisiert wird und

wie eine solche Anlaufstelle möglichst effizient gestaltet werden könnte. Es wird nicht möglich sein, dass sämtliche Anliegen der Vereine über eine Stelle abgewickelt werden können. Es gibt Vereine die im Sport tätig sind und somit mit der Sportkoordinatorin zu tun haben. Andere Vereine in der Wirtschaftsförderung müssen mit dem Wirtschaftsförderer Kontakt aufnehmen. Im Grundsatz möchte der Gemeinderat die Anlaufstelle dort ansetzen, wo auch die Freizeit angeordnet ist. Im Rahmen eines kleinen Berichtes wird dem Einwohnerrat dann aufgezeigt, wie es gelöst wurde.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Piras: Zentrale Anlaufstelle für die Krienser Vereine (Nr. 210/15)

Das Postulat wird mit 24:4 Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Rätö	Enthaltung
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	nein
Rösch, Daniel	ja
Schmutz, Manuel	ja
Sigg, Leo	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	nein
Trüb, Paul	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja

12. Postulat Burkhardt: Pilatusbahnen – Echte Vergünstigungen für die Krienser Bevölkerung Nr. 215/15

Gemäss Thomas Lammer ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Peter Portmann opponiert.

Anita Burkhardt-Künzler's Anliegen und das der CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist, dass Krienserinnen und Krienser ein angemessener Einheimischentarif bei der Pilatusbahn bekommen sol-

len. Wie im Postulat aufgezeigt, haben die Krienser Einwohner nur an zwei bestimmten Wochenenden pro Jahr einen vergünstigten Tarif um vom Angebot auf ihrem geliebten Hausberg profitieren zu können. Ganz im Gegensatz zu den Einwohnern von Alpnach. Diese können während des ganzen Jahres von einem halben Preis auf der Alpnacher Seite profitieren. Trotz super Geschäftsgängen seitens der Pilatus-Bahnen AG werden die Krienser mit einer historisch bedingten Begründung abgewiesen und mit der Behauptung, dies sei einfach nicht zahlbar. Doch die CVP/JCVP/GLP-Fraktion fordert nichts Unmögliches, sondern lediglich eine Gleichstellung. Viele umliegende Bergbahnen gewähren ihren Einheimischen Sondertarife, wie zum Beispiel die Einwohner von Arth, Vitznau und Weggis erhalten eine 50 % Ermässigung bei den Rigi Bahnen, deren Kinder sogar 75 %. Ebenso die Stanserhorn-Bahn gewährt den im Kanton Nidwalden wohnhaften Personen 50 %. Diese Bahnen stehen auch nicht vor dem grossen Kollaps. In diesem Zusammenhang von der Krienserbevölkerung als nicht „Einheimischen Tarif Berechtigte“ zu schreiben, da die Bahn über kein Krienser Gebiet schwebe, klingt für die Sprechende wie ein Hohn. Befinden sich die Talstation und die Parkplätze, sowie deren Zufahrtsstrasse sehr wohl in Kriens. Auch für die Krienserbevölkerung ist der Pilatus ganz klar ihr Hausberg. So wurde die erste Seilbahn auf die Krienseregg dank innovativen Krienser Bürgern innert kürzester Frist realisiert und setzte somit einen Grundstein für die heute so erfolgreiche Pilatus-Bahnen AG. Die aktuelle Ausstellung „Die Krienser erobern ihren Hausberg“ welche zurzeit noch im Museum Bellpark läuft, zeigt sehr umfassend auf, wie die Krienser sehr wohl mit dem Pilatus verknüpft sind. In diesem Sinne bittet die Sprechende und ihre Fraktion den Gemeinderat bei der Direktion der Pilatus-Bahnen AG vorstellig zu werden und sich für Krienser und Krienserinnen für eine Erreichung echter „Einheimischen Tarifen“ einzusetzen.

Peter Portmann von der SVP-Fraktion möchte ein paar Richtigstellungen machen. Die Postulantin spricht von 2 Mio. Bergfahrten, die anscheinend von Kriens aus unternommen werden. Bei den 2 Mio. Fahrten handelt es sich um Frequenzen. Eine Frequenz entspricht einer Teilstrecke z B. Kriens-Krienseregg. Fährt demzufolge ein Gast auf den Pilatus und wieder retour so generiert er insgesamt sechs Frequenzen. Auf das ganze Jahr sind das 2 Mio. Frequenzen. Korrekt ist, dass von Kriens in den letzten Jahren im Durchschnitt ca. 320'000 Bergfahrten pro Jahr realisiert worden sind. Das sind im Durchschnitt 1'000 Personen pro Tag. Nicht alle Gäste reisen mit dem PW an, sondern ein ansehnlicher Teil erreicht die Bahnstation mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder Cars. Das Verkehrsaufkommen hält sich somit sehr in Grenzen und ist wohl nur an Spitzentagen im Sommer und Herbst spürbar. Einheimischen Wochenende gibt es nicht nur eines sondern zwei. Eines im Monat Mai und das zweite im Monat August. Die Ermässigungen in Alpnach gelten, entgegen der Behauptung von der Postulantin, nur für Erwachsene ohne Halbtax und beschränken sich auf die Fahrten mit der Zahnradbahn. Weiter ist auch zu vermerken, dass die Vergünstigungen in Alpnach auf langjährigen Dienstbarkeitsverträgen basieren, die in früheren Jahren mit der Bürgergemeinde Alpnach abgeschlossen worden sind und sie gelten als Gegenleistung für die Trasseerechte der Zahnradbahn entlang derer Grundstücke, die sich mittlerweile im Besitz der Korporation Alpnach befinden. Wichtig ist auch zu wissen, dass sich die Luftseilbahn Fräkmüntegg-Pilatus-Kulm auf Hergiswiler Boden befindet und dass die Pilatus-Bahnen AG auch in Kriens Steuern zahlt, obwohl das Domizil der Firma in Alpnach ist. Die Pilatus-Bahnen AG bietet eine Jahreskarte zu einem sehr günstigen Preis von CHF 279.00 an, für Familien CHF 558.00 (2 Erwachsene, Kinderkarten sind dann gratis). Ausserdem akzeptieren die Pilatusbahnen das Halbtax der SBB. Die SVP-Fraktion hat Verständnis dafür, dass vor den Wahlen von der CVP Propaganda betrieben wird. Die SVP-Fraktion wird das Postulat ablehnen, weil die Begründung dieses Postulates auf falschen Fakten beruht.

Gemäss Rita Berger-Hug, FDP-Fraktion, ist der Gemeinderat bereit dieses Postulat anzunehmen. Der FDP-Fraktion erscheint es etwas seltsam einem privaten Unternehmen Preise

vorzuschreiben. Aus diesem Grund hat die FDP-Fraktion keine grosse Erwartungshaltung dass ein permanenter Einheimischartarif eingesetzt wird. Sie hat nichts gegen eine Nachfrage für einen freiwilligen Rabatt für alle Krienser. Was noch zu bedenken ist, ist dass man mit der Punktkarte bereits heute in die Fräkmüntegg vergünstigt die Gondelbahn benützen kann.

Die SP/JUSO-Fraktion ist laut Raphael Spörri der Meinung, dass auch in touristisch mageren Zeiten die Krienser Bevölkerung der Pilatus-Bahnen AG stets ein sicherer Wert war. Sind doch Krienserinnen und Krienser fleissige Pilatusgänger und haben sich sicher schon oft zu einem Bier in die verschiedenen Gastrobetriebe verirrt. Solche Zeiten werden sicher auch wieder kommen oder sind bereits heute schon da, wo die einheimische Bevölkerung die Rettung am Berg sein wird. Warum also nicht zu dieser Sorge tragen? Auch die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass es keine Schande wäre, wenn die Gemeinde bei den Pilatus-Bahnen AG vorstellig wird um einmal etwas einzufordern.

Bruno Bienz von der Grüne/JG-Fraktion ist erstaunt darüber, dass sich Peter Portmann für eine weitere Diskriminierung der Krienser Bevölkerung einsetzt. Überall gibt es Vergünstigungen aber in Kriens ist dem nicht so. Die Pilatus-Bahnen AG verteilt relativ grosszügig Vergünstigungen. Der Sprechende erwähnt, dass Touristen einen Bruchteil von dem bezahlen was Einheimische bezahlen. Gemäss dem Sprechenden lohnt sich ein Einsatz, dass die Krienser Bevölkerung auch eine Vergünstigung erhält.

Räto Camenisch, möchte nochmals erwähnen, dass die Pilatusbahn eine Privatbahn ist. Diese muss den Kriensern keine Vergünstigung geben. Wahrscheinlich hat man beim Bau der Bahn verpasst einen Artikel einzubeziehen. Alpnach hat es nicht verpasst, deshalb erhält man dort auch Vergünstigungen. Die SVP-Fraktion hat dem nichts entgegen zu setzen. Falls die Pilatus-Bahnen AG Kriens etwas geben möchte, ist dies reiner Goodwill. Dies ist also eine Mission ohne grosse Hoffnung.

Kathrin Graber findet, dass der Vorstoss keine Propaganda ist, sondern legitime Forderungen einer CVP-Einwohnerrätin, welche sich für Krienser-Interessen einsetzt. Es ist ja auch die Aufgabe aller Einwohnerräte sich für die Krienser Interessen einzusetzen. Die Sprechende ist von der SVP-Fraktion überrascht. Normalerweise fordert die SVP-Fraktion dazu auf nicht der Underdog zu sein und sich nicht zu ducken. Heute ist die SVP dabei zu sagen, dass man die Vergünstigung bereits verpasst hat und es heute zu spät ist über einen Rabatt zu diskutieren. Gerade hier den Kopf einzuziehen, da dies historisch gewachsen sei, findet die Sprechende eine falsche Einstellung. Kathrin Graber findet, dass der Gemeinderat mit Selbstbewusstsein zu der Pilatusbahn gehen soll. Man sollte dies Versuchen. Die Gemeinde Kriens hat den Pilatusbahnen viele Jahre einige Wünsche erfüllt und im Gegenzug könnte die Pilatus-Bahnen AG der Krienser Bevölkerung entgegenkommen.

Der Gemeinderat, will laut Cyrill Wiget dies einmal versuchen. Es kann sein, dass es Erfolg bringt, es kann sein, dass es nicht gelingt. Es lohnt sich sicher, dies auszuprobieren.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Burkhardt: Pilatusbahnen – Echte Vergünstigungen für die Krienser Bevölkerung (Nr. 215/15)

Das Postulat wird mit 24:5 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	Enthaltung
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfelner, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Peter	nein
Rösch, Daniel	ja
Schmutz, Manuel	ja
Sigg, Leo	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	nein
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja

13. Postulat Manoharan: Studentisches Wohnen auf dem Andritz-Hydro-Areal Nr. 218/15

Gemäss Thomas Lammer opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulats.

Yasikaran Manoharan erklärt, dass im Juli 2015 über die Medien bekannt wurde, dass die Andritz Hydro Gruppe einen Teil ihrer Produktion nach Deutschland auslagert. Die Gebäudekonturen vom Andritz Hydro Gebäude prägen als die letzten Überreste von der Industriegeschichte und dem Wachstum von Kriens. Das Identitätsstiftende Bauwerk aus Kriens verschwindet, sei es aus ökonomischen Gründen oder wenn der Gemeinderat den historischen Wert von Bauten nicht erkennt. Dann gibt dies der SP/JUSO-Fraktion zu denken. Die SP/JUSO-Fraktion bedauert den Entscheid, dass die Andritz Hydro Gruppe einen Teil auslagern muss. Aber es muss auch eine sinnvolle Weiternutzung auf dem Areal entstehen. Es wird eine Fläche von 12'600 m² frei, welche einer neuen Nutzung zugeordnet werden muss. Indem die Andritz Hydro Gruppe auf den Gemeinderat zugegangen ist und die Interessen bekundet hat, dass diese die Fläche nach einer Teilrevision als Mischzone nutzen möchte und somit auch Wohnung auf dem Areal möglich sind, wurde es zu einem Politikum. Um ein Umzonungsverfahren durchzuführen, braucht es in jedem Fall eine Machbarkeitsstudie. In dieser Machbarkeitsstudie werden verschiedene Nutzungsformen überprüft. Dass Teile der Fläche

wieder für gewerbliche Nutzungen verwendet werden sollen, wie z.B. im Postulat von Bruno Bienz gefordert wurde, unterstützt die SP/JUSO-Fraktion. Jedoch wenn eine Diskussion betreffend Wohnnutzungen gestartet wird, hat die SP/JUSO-Fraktion eine andere Vorstellung. Im Zentrum sind in den letzten Jahren einige Wohnüberbauungen entstanden wie z.B. die Überbauung am Eschenweg westlich vom Andritz Hydro Areal, welche viele Familien beherbergt. Neben dem Gemeindehaus ist die Minoletti Überbauung entstanden. Nicht nur im Zentrum, sondern auch in vielen weiteren Gebieten werden Wohnbauten erstellt. Über die bevorstehenden Entwicklungen LuzernSüd hat man im Einwohnerrat zu genüge besprochen. Falls auf dem Areal der Andritz Hydro Wohnungen gebaut werden, sollte man versuchen jene Wohnformen anzubieten, welche auf die Bedürfnisse der Zeit und der gesellschaftlichen Entwicklung Rücksicht nimmt. Der Sprechende als Vertreter einer Jungpartei, fühlt sich verpflichtet, die Bedürfnisse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufzuzeigen. Kein anderer Campus der Schweiz befindet sich derart im Wachstum wie Luzern. Die drei Luzerner Hochschulen (Universität, Hochschule mit 5 Departementen und die Pädagogische Hochschule) umfassen inzwischen über 10'000 Studenten. In Emmenbrücke auf dem Monoswiss-Areal entsteht die neue Kunsthochschule mit Kapazitätserweiterung. In Horw muss der Campus ausgebaut werden, aufgrund der hohen Nachfrage. Auf Krienserboden entsteht bald neben dem Südpol die neue Musikhochschule für über 900 Studenten, welche im Sommer 2019 eröffnet werden soll. Gleichzeitig gibt es in Luzern nur vier Studentenwohnheime mit insgesamt 350 Zimmern. Die grösste davon ist das Studentenheim Eichhof, welches konstant über zwei Jahre ausgebucht ist, da die Nachfrageliste so gross ist. Mit diesem Postulat zeigt der Sprechende ein Bedürfnis auf und fordert vom Gemeinderat, dass wenn verschiedene Wohnformen auf dem Andritz Hydro Areal anhand einer Machbarkeitsstudie überprüft werden, sollen auch Studentenwohnungen oder ein Studentenwohnheim überprüft werden. Es ist nach wie vor ein Postulat, welches eine Prüfung verlangt. Schlussendlich entscheidet natürlich der Grundeigentümer was auf seiner Parzelle gebaut werden soll. So hätte man die Möglichkeit eine zusätzliche, sinnvolle Nutzung zu überprüfen. Der Gemeinderat kann in einem Bericht eine Rückmeldung geben, was dabei die beste Lösung wäre. Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Der Sprechende bittet die Einwohnerräte dieses Postulat zu überweisen. Für den Sprechenden hat die jetzige Andritz Hydro, welche 1855 als Bell Maschinenfabrik gegründet wurde, stets Forschergeist, Innovation und Weitsicht symbolisiert. Genau dies sind Werte, welche auch die Schweizer Hochschulen auszeichnen und welche von den Studenten gefordert werden. Der Sprechende findet dies eine wunderschöne Analogie. Wenn aber überbeuerte Wohnungen, wie in der Minoletti Überbauung über ein halbes Jahr leer stehen, ist dies ein Stillstand für die Gemeinde.

Gemäss Judith Mathis-Wicki unterstützt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Vorgehensweise des Gemeinderates. Man hat die einmalige Chance an einem zentral gelegenen Ort eine neue Nutzung zuzuordnen. Dies erfordert sehr viel Weitsicht und Sorgfalt in der Planung. Das Areal befindet sich in einer äusserst heiklen Zone. Es wäre schade mit zu vielen Detailvorschlägen eine weitsichtige Planung zu beeinflussen. Ob ein Studentenwohnheim die ideale Nutzung darstellen würde, bezweifelt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion. Die Gemeinde Kriens befindet sich mit dem neuen Zentrumsbau in einer grosse Um- und Aufbruchsphase. Die Planung für das freiwerdende Andritz Hydro Areal muss optimal auf die Zentrumsprojekte abgestimmt werden. Gewerbe und Handwerksräume müssen ebenso Platz finden im Zentrum, wie aber auch hochwertiger Wohnraum. Mit der positiven Budget Abstimmung von letzter Woche muss man die Planung weitsichtig angehen, damit man den nötigen Aufschwung auch erreicht. Die Sprechende fragt sich, ob ein Studentenwohnheim der Bedürfnisse der heutigen jungen Leute entspricht. Wohngemeinschaften in Mietwohnungen kommen für Studierende eher in Frage.

Die SVP-Fraktion lehnt laut Martin Heiz das Postulat ab. Dies ist ein privater Besitzer und der Einwohnerrat hat immer das Gefühl, man müsse sich bei den Privaten einmischen, was so-

wieso falsch ist. Der Besitzer muss erläutern, was er dort entwickeln möchte. Dieses Postulat ist nicht zielführend, denn das wäre ein Postulat, welches jedes Jahr wieder verlängert würde. Im Eichhof hätte man auch so etwas im Zusammenhang mit einer Schule angedacht, was viel mehr Sinn macht.

Gemäss Daniel Rösch lehnt die FDP-Fraktion das Postulat ab. Sie ist der Meinung, dass ein solch zentraler Standort wettbewerbsfähig ist und im Zentrum auch strategisch wichtig ist für die weitere Entwicklung der Gemeinde. Diese Fläche soll entsprechend für das Gewerbe genutzt werden. Gerade bei einem solchen Standort kann Kriens wettbewerbsfähig bleiben und unter Umständen auch neue Firmen für sich gewinnen.

Erich Tschümperlin erklärt, dass auch die Grüne/JG-Fraktion den Gemeinderat unterstützt. Man sollte ein Zentrum als Ganzes planen und in dieser frühen Phase der Planung eine spezifische Nutzung zu fördern, wäre nicht sinnvoll.

Katja Staub würde gerne von Yasikaran Manoharan wissen, ob er das Gespräch mit dem Eigentümer schon gesucht hat.

Yasikaran Manoharan erklärt, dass er das Gespräch mit dem Grundeigentümer noch nicht gesucht hat. Der Sprechende ging davon aus, dass der Grundeigentümer mit dem Gemeinderat eine Machbarkeitsstudie erarbeiten möchte. Da damals bereits schon eine Diskussion über Wohnungen entstanden ist, wollte der Postulant ein zusätzliches Bedürfnis aufzeigen, falls Wohnungen in Frage kommen. Mit dem Begriff Studentenwohnheim war das Postulat eventuell etwas zu spezifisch verfasst.

Enrico Ercolani findet, dass das Land im Zentrum etwas vom Besten ist, was es in Kriens noch gibt. Eigentlich sollte die Gemeinde Kriens dieses Land kaufen und im Gegenzug ein anderes Grundstück, auf welchem Kühe weiden, zu verkaufen. Dies wäre eine sinnvolle Investition, was der Gemeinde sehr viel bringen würde.

Gemäss Räto Camenisch ist das hochwertiges Land. Da es jedoch im Privatbesitz ist, wird der Grundeigentümer dieses Land möglichst gewinnbringend überbauen oder verkaufen. Der Sprechende denkt nicht, dass der Eigentümer daraus ein Studentenwohnheim machen will.

Matthias Senn erklärt, dass der Gemeinderat das Postulat Bienz zur Überweisung entgegengenommen hat, da die Fragen wie hoch der gewerbliche Anteil sein soll und ob wohnen möglich sein wird, eine der zentralen Fragen ist. Es ist bis jetzt noch nicht entschieden, ob ein Handwerkerzentrum dorthin kommt. Dies ist sicher eine Frage, welche in der weiteren Planung geklärt werden muss. Als erster Schritt gibt es eine Machbarkeitsstudie. Danach ist der Grundeigentümer am Ball mit der Investorensubmission und allenfalls einem Konkurrenzverfahren. Im Anschluss kann dann wieder die Gemeinde tätig werden, sei es mit einer Umzonung oder allenfalls einem Überbauungsplan. Hierbei wird der Einwohnerrat noch genügend Gelegenheit haben dies zu diskutieren. Studentenwohnungen auf dem Andritz Hydro Areal hat der Gemeinderat als negativ beurteilt. Es gibt aber durchaus Standorte, bei welchen man Studentenwohnungen diskutieren könnte. In den nächsten zwei Wochen wird man im Gemeinderat den Start der Überbauung Rösslimatt behandeln. Dort wird es auch eine grosse Überbauung geben. Der Sprechende könnte sich vorstellen dort studentisches Wohnen zu

diskutieren, da es auch genau vis-a-vis der Musikhochschule ist und dadurch auch weniger Verkehr erzeugt würde.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Manoharan: Studentisches Wohnen auf dem Andritz-Hydro-Areal (Nr. 218/15)

Das Postulat wird mit 21:8 Stimmen bei einer Enthaltung nicht überwiesen.

Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Ráto	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Marty, Robert	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfelner, Nicole	ja
Piras, Davide	nein
Portmann, Peter	nein
Rösch, Daniel	nein
Schmutz, Manuel	ja
Sigg, Leo	nein
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	Enthaltung
Trüb, Paul	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	ja

14. Verabschiedungen

Thomas Lammer erläutert, dass heute mit Pascal Meyer (GLP) und Fabian Takacs (JG) zwei junge Politiker verabschiedet werden. Beide wurden 2012 in den Einwohnerrat gewählt. Der Grund für den Austritt aus dem Einwohnerrat ist bei beiden, weil sie aus Kriens wegziehen. Er bedankt sich für die Mitarbeit im Einwohnerrat und wünscht viel Glück für die Zukunft. Pascal Meyer hat sich einen Gutschein der Dorfgärtnerei Brändi gewünscht und Fabian Takacs hat seinen Beitrag der Schweizerischen Flüchtlingshilfe gespendet.

Pascal Meyer ist ein letztes Mal im Krienser Einwohnerrat. Er wohnt nun aufgrund seines Studiums in Luzern. Er hat sich als Abschiedsgeschenk einen Gutschein der Dorfgärtnerei Brändi gewünscht, weil er zusammen mit zwei anderen WG's Gemüse anbaut. Er ist nicht ganz eigennützig und ist auch in diesen paar Jahren im Einwohnerrat Idealist geblieben. Pascal Meyer bedankt sich bei seiner Fraktion für die spannende und lehrreiche Zeit. Weiter bedankt er sich bei seinem Nachfolger Leo Sigg. Die Einwohnerratsmitglieder sind ein wenig Raritäten, weil sie sich politisch engagieren. Davon gibt es nicht mehr viele. Schlussendlich

bedankt er sich bei allen für die vielen Diskussionen und die lehrreiche Zeit und wünscht alles Gute.

Fabian Takacs möchte sich auch für die letzten 3 ½ Jahre bedanken. Es waren rund 30 Sitzungen im Einwohnerrat, in der Kommission und der Fraktion. Es ist nicht selbstverständlich, dass man als so junges Mitglied in dieser Runde aufgenommen, einem zugehört wird und debattieren, diskutieren und sich einbringen kann. Das hat er sehr geschätzt. Er bedankt sich auch bei seiner Fraktion und vor allem beim Fraktionspräsidenten Bruno Bienz für die gute Vorbereitung der Sitzungen. Es wäre nicht möglich gewesen eine solche Performance hinzulegen, wenn diese Vorbereitung nicht gemacht worden wäre. Auch bedankt er sich beim Gemeindepräsidenten Cyrill Wiget, der für ihn immer eine gewisse Vorbildfunktion hatte und ihn in die Politik geholt hat. Eines seiner beiden Augen weint, dass er von Kriens weggeht. Er hat es sehr geschätzt. Hier fliegen die Fetzen, aber das Schönste ist, dass man sich am Schluss immer wieder auf irgendeinen Weg versöhnt, zusammen ein Bier trinken geht und trotz der hitzigen Gefechte sich auch irgendwo auf einer menschlichen Ebene begegnen kann. Er hofft, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Vielleicht trifft man sich wieder einmal in einem anderen politischen Gremium oder in der Nachbarschaft. Er wünscht allen schöne Wahlen und schöne Sommerferien nach den Wahlen.

Schluss

Thomas Lammer bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Einwohnerratssitzung ist am 21. April 2016.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Hofmatt.

Die Sitzung schliesst um 19:00 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Die Einwohnerratspräsident:



Thomas Lammer

Der Gemeindeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Rea Eggenberger